WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FdA

IFA

IAF ИФА IFA

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

**Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.**

**Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.**

**Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.**

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
www.afb.blogsport.de

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
www.aradio.blogsport.de

Gruppe X Berlin
Kontakt: afb@riseup.net

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

AG K.A.R.O Mainz
Kontakt: agkaro@riseup.net
www.agkaro.blogsport.de

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel
Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de
www.anarchistische-initiative-kl.blogspot.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogsport.de

FAU Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
www.faustuttgart.blogsport.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lblb.pytalhost.de

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
www.asjbonn.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
www.asjl.blogsport.de

Initiative Anarchistische Föderation Nord
Kontakt: freievereinbarung@riseup.net
www.iafn.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: nico@mynona.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.info

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org

IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org

Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°41 - 05.2014

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Grenzerfahrungen und Grenzpolitiken in Marokko
Der Gamonal-Effekt
*Interview mit Anarchist*innen aus Syrien u.v.m.*

Editorial

Hallo Menschen!

In dieser Ausgabe erwartet euch wieder so einiges, von dem wir hoffen damit auf euer Interesse zu stoßen. Besonders herausstreichen möchten wir diesmal unsere Rubrik “Weltweit”. Gleich zwei Artikel beschäftigen sich mit (inner-)europäischen Grenzen und deren Bedeutung für die Menschen. Beide Artikel sind zwei weitere kleine Mosaiksteine, die es jetzt lebenden Generationen unmöglich machen wird zu behaupten, “von nichts gewusst zu haben”.

Ein Interview mit Anarchist*innen aus Syrien und ein Artikel zu Ägypten beleuchten Aspekte der “nordafrikanischen Revolution”.

Und schließlich noch ein Bericht zu Spanien, der zeigt, was entstehen kann, wenn sich Menschen gegen das ihnen zugemutete Unrecht zur Wehr setzen.

Natürlich sind auch all unsere anderen Rubriken mit spannenden Artikel bis zum Rand gefüllt. Mit Freude setzen wir zum Beispiel unsere Reihe “Sience-Fiction und Anarchie” fort. Das Gedicht, das ihr in dieser Ausgabe findet, ist übrigens keine “Fiktion”, sondern eine Art und Weise mit dem tatsächlich Erlebten umzugehen. Auf die nächste Ausgabe vertrösten müssen wir euch allerdings in Sachen “Zapatismus-Debatte”.

Ungewöhnlich, aber notwendig, ist unser Grußwort in den Knast. Das Warum und Wie könnt ihr auf Seite 5 selbst nachlesen ;)

Und wo wir gerade dabei sind:

Selbst lesen macht nicht nur schlau, sondern auch Spaß!

In diesem Sinne:

Eure Redaktion der Gai Dao

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Be the media c/o Alarm e.V. - Postfach 10 01 61 - 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), die in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine der Mitglieder in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.*

BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

2. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr
Tempest Library, Reichenberger Str. 63a, 10999 Kreuzberg
(U2 Görlitzer Bhf, M29 Ohlauer Str.)

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U1 Eberswalder Str.)

Termine der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)

jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen

jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr Vokü
-> F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

jeden 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen
-> Braunschweigerstr. 53-55 (U / S Neukölln)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen un Hinweise im Laufe des Monats.

aradio.blogsport.de

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf (an akfreizeit@riseup.net)
Wanderungen, Übernachtungen,politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem“
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

Soli-Kneipe und Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

Probe des libertären Chors des AK Freizeit

Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

HEIDELBERG

A-Kneipe

Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Volxküche der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder *querfunk.de*

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der ASJL
Jeden 2. und 4. Montag 19-20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündinis Ludwigsburg (LB)²

Jeden 4. Mittwoch
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad – libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermudafunk

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 – 14:00 Uhr
89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik

Bitte vorher anmelden unter: *alerta@kommunikationssystem.de*

STUTTGART

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 20 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

WITTEN (Ruhrgebiet)

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet

Jeden letzten Freitag im Monat, ab ca. 19.00 Uhr
Trotz allem, Augustastraße 58, Witten

nalen Propagandaapparat wie die Komintern“ (86-87).
Als Quintessenz, die aus dem bürgerkriegsbedingten Niedergang der sozialen Revolution in Spanien zu ziehen ist, hält Nelles fest, dass „[d]er Anarchosyndikalismus nach dem spanischen Bürgerkrieg weder in Deutschland noch international eine Massenbasis [fand]“ (181).

Anmerkungen und Einwände

Der Sammelband „[ist] keine Arbeit aus einem Guss“ (10), wie die Autoren in ihrer Einleitung vorbeugend und einschränkend anführen. Da die einzelnen Beiträge nicht immer inhaltlich aufeinander abgestimmt scheinen (u.a. Gründungsverlauf der DAS, Anzahl erschienener Nummern von „Die Soziale Revolution“, Erscheinungsdaten des „Schwarzrotbuches“), kommt es verschiedentlich zu Wiederholungen (u.a. die Ausführungen zum CIDEA) und mitunter zu abweichenden Akzentuierungen (u.a. in der Einschätzung der Rolle von Augustin Souchy).
Inhaltlich ist vor allem eine These von Garcia/Piotrowski kontrovers, die die vermeintliche „Mission“ der Internationalen Brigaden betrifft. Die beiden Autoren behaupten in einer recht verschachtelten Form, dass „[…] nachdem die Internationalen Brigaden ihre von der Komintern diktierte Mission erfüllt hatten, das heißt den revolutionären Impuls vom Juli 1936 zu neutralisieren und die spontane Antwort Tausender antifaschistischer Freiwilliger, die nach dem 19. Juli nach Spanien gekommen waren, als die Hegemonie der Bewegung in den Händen der Anarcho-SyndikalistInnen und der radikalisierten Sozialistinnen lag, in die geostrategischen Interessen des stalinistischen Russlands zu kanalisieren, die Internationalen Brigaden aufgelöst werden [konnten]“ (333).
Garcia/Piotrowski unterstellen hiermit, dass die Angehörigen der Interbrigaden im Kern gewissermaßen eine Auftragsarbeit der Stalin-Bürokratie ausgeführt haben, um die sozialrevolutionären Bestrebungen während des spanischen Bürgerkriegs zu sabotieren. Diese Auslegung der Rolle der interbrigadistischen Freiwilligenverbände ist zu reduktionistisch angelegt und vernachlässigt die wechselwirkenden endogenen und exogenen Faktoren, die zum Scheitern der sozialen Revolution im Kontext der Bürgerkriegssituation auf der iberischen Halbinsel geführt haben. Das Abweichen vom „Konzept des freiheitlichen Kommunismus“, das im Mai 1936 im sog. Zaragoza-Programm der CNT-FAI manifestiert wurde, ist zumindest ebenso auf die internen Linienkämpfe und Desorganisiertheit der spanischen Anarcho-Syndikalist*innen sowie die regierungsamtliche Gegnerschaft in Madrid und Barcelona der republikanischen Zone zurückzuführen.
Auffallend ist weiterhin, dass der Duktus der Beiträge innerhalb der Autorenschaft differiert. Linse und Nelles legen einen nüchternen sozialwissenschaftlichen Schreibstil an den Tag, während in den Texten von Garcia und Piotrowski gelegentlich agitatorische Kraftausdrücke (bspw. „braune Horde“ [24S], „kollaborationistische Linie“ [354]) Eingang in die Darstellungen finden, die in der (förmlichen) Forschungsliteratur eher untypisch sind. Stellenweise bedient sich das Autorenduo Garcia/Pitotrowski einer totalitarismustheoretischen Argumentationsfolie, wenn es z.B. heißt: „Genau wie bei der Nazi-Propaganda war für das stalinistische System die Lüge und die Verdrehung der Tatsachen in ihr Gegenteil umso effektiver, je übertriebener und absurder sie waren“ (344).

Dem realisierten Buchprojekt hätte man von Verlagsseite eine bessere Ausstattung gewünscht. Vor allem beeinträchtigt das relativ kleine Buchformat die Prägnanz der in dem Band abgedruckten Abbildungen, die in ihrer gedrängten Anordnung kaum zur Geltung kommen können. Auch die Bildauswahl für das Buchcover erschließt sich nicht so recht. Das Motiv zeigt eine Szene von Milizionär*innen der italienisch dominierten Ascaso-Division in Huesca in der Region Aragonien, in der zwar auch eine Gruppe deutscher Freiwilliger kämpfte, aber ein unmittelbarer Bezug zum Buchtitel ist keinesfalls auszumachen.
Der vorgelegte Band zur DAS berührt ein bisher vernachlässigtes Segment in der Exil- und Anarchismusforschung und trägt die Resultate einer Jahrzehnte währenden Forschungstätigkeit zusammen. (Interessant ist, dass in dem Standardwerk „Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939“ von Walther L. Bernecker die DAS lediglich zweimal auftaucht). Dennoch vermögen es die vier Autoren nicht, die Darstellung zur Rolle und Bedeutung der DAS überzeugend abgeschlossen zu haben. Zum einen werden die Wechselwirkungen und Dynamiken, die den Beginn und Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs einschließlich ihrer sozialrevolutionären Impulse kennzeichnen, nur angetippt, wenn z.B. die außenpolitische Interessenlage der Sowjetunion weitgehend unterbelichtet bleibt. Zum anderen wurde die sowjetische/russische Archivlandschaft nicht umfassend genug berücksichtigt. Herangezogen wurde von den Autoren des Bandes lediglich der Archivfonds 545 des RGASPI, des sogennanten Komintern-Archivs, der als elektronische Ressource überwiegend im Internet abrufbar ist. Dagegen fehlt die Auswertung themenspezifischer Materialien aus dem RGVA, dem sog. Rote Armee Archiv ebenso wie die Sichtung von Beständen des Russisches Staatsarchivs (GARF), was nur vor Ort in Moskau unternommen werden kann.
Herauszustreichen bleibt, dass mit dem publizistischen Gemeinschaftsprojekt der vier Autoren eine wichtige Etappe der Sichtbarmachung libertärer Spuren deutschsprachiger Anarcho-Syndikalist*innen im Spanischen Bürgerkrieg absolviert wurde. Damit diese Verlaufsspuren nicht wieder zu versanden drohen, gilt es, an den dargebotenen Forschungsstand der Autoren anzuschließen.
Oliver Rast, z.Zt. JVA Tegel, Seidelstr. 39,13507 Berlin

Mehr Infos

Nelles Dieter; Linse, Ulrich; Piotrowski, Harald; Garcia, Carlos
Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona 1933-1939
Die Gruppe „Deutsche Anarchosyndikalisten“ (DAS)
Verlag Graswurzelrevolution, Freiburg 2013
425 S., € 24,90

FdA/IFA

04 *Bericht vom FdA-Treffen in Mannheim*
05 *Eine besondere Grußbotschaft*
06 *Der Diskriminierung entgegentreten!*
Zu den Protesten gegen den Bildungsplan in Baden Württemberg

Weltweit

09 *Wir wollen gehen und wir werden gehen*
Über Grenzerfahrungen und Grenzpolitiken in Marokko
13 *Der Gamonal-Effekt*
16 *Interview mit Anarchist*innen aus Syrien*
18 *Grenzbewegungen*
Calais - eine Zwischenstation für viele Sans-Papiers auf dem Weg nach Großbritannien
21 *5 Jahre Kriegsdienstverweigerung in Ägypten*
22 *Es gab keine Machtverhältnisse, Hierarchie und Herrschaft im Gezi-Aufstand!*

Lokales

12 *Pinnwand*
Nachrichten in aller Kürze
24 *Hambacher Forst - Ein Kampf um mehr als einen Wald*

Bewegung

26 *Stellungnahme der Roten Hilfe e.V. zur Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in der Ukraine*

Kultur und Alltag

17 *Gedicht*
In Gedanken für meinen getöteten Freund
27 *Science-Fiction und Anarchie – Teil 4*
Jules Verne – ein Autor ohne Gott und Herrscher? Eine Replik.
29 *Der frühe Syndikalismus als Antikriegsopposition*
33 *Deutsche Libertäre im Spanischen Bürgerkrieg*

Termine

39 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete *„*innen“* (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Bericht vom FdA-Treffen in Mannheim

★ *Von: Anarchistische Gruppe Mannheim / Anarchistisches Netzwerk Südwest**

Im März fand das Treffen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) in Mannheim statt. Damit organisierte die Anarchistische Gruppe Mannheim bereits zum 5. Mal ein FdA-Treffen, diesmal mit Beteiligung von den umliegenden anarchistischen A-Netz-Mitgliedsgruppen aus Kaiserslautern/Kusel, Karlsruhe und Ludwigsburg.

Die Anarchistische Gruppe Mannheim besteht mittlerweile seit mehr als 11 Jahren und ist damit eine der ältesten noch aktiv arbeitenden anarchistischen Gruppen im deutschsprachigen Raum. Seit ihrer Gründung Anfang 2003 ist die Breite anarchistischer und libertärer Veranstaltungen und Kultur in Mannheim und Umgebung merklich gestiegen. Im Laufe ihres Bestehens war sie unter anderem aktiv beteiligt an der (Wieder-) Gründung der FdA, welche damals noch unter dem Namen Forum deutschsprachiger Anarchist*innen arbeitete, und veranstaltet neben unregelmäßigen Kulturveranstaltungen, der Sendung "Radio Libertad", Demonstrationen oder anderen Projekten seit 2011 alle zwei Jahre mit großem Erfolg die Anarchistische Buchmesse Mannheim mitsamt einem kleinen Rahmenprogramm.

In Mannheim und Umgebung arbeiten zudem ein große Anzahl anderer politischer Gruppen aller Spektren – zum Beispiel die FAU Mannheim, das Kritische Kollektiv / interventionistische Linke Rhein-Neckar oder der AK Antifa – und neben den Veranstaltungen der einzelnen Zusammenhänge gibt es auch immer wieder, teils konstante, Vernetzungen und Bündnisse um gemeinsam das Stadtbild zu beeinflussen.

Das jüngste dieser Bündnisse, "Wem gehört die Stadt?", beschäftigt sich mit den zunehmend verschärften sozialen Fragestellungen in Mannheim (vgl. "Recht auf Stadt") und strebt derzeit die Vernetzung aller Stadtteilinitiativen und anderen Akteuren in Mannheim an.

Trotz zunehmender Repression und steigenden Umtrieben rechter und faschistischer Gruppierungen und Organisationen zeigt sich, dass in Mannheim weit mehr als nur die herrschende parlamentarischen Institutionen und Parteien die politische und kulturelle Landschaft ausmachen.

Am Treffen nahmen mehr als 30 Personen teil. Als Gäste konnten Vertreter*innen vom Vrije Bond (Niederlande), dem A-Forum Köln, der Libertären Aktion Frankfurt/Oder, der Anarchistischen Initative Ortenau, e*vibes und Interessierte aus Münster begrüßt werden.

Bereits Freitag Abend fanden sich ein Großteil der Teilnehmenden im ASV Mannheim ein. Da der offizielle Teil des Treffens erst Samstag morgens begann, nutzen die anwesenden Leute die Zeit bei Vokü, Kicker, kühlen Getränken und lockerer Atmosphäre um sich kennenzulernen, zu diskutieren oder auch alte Freundschaften zu vertiefen.

Das aktuelle Treffen hatte zum Schwerpunkt die Reflexion und Verbesserung der internen Strukturen und Beteiligung der Mitgliedsgruppen. Bevor es zu diesem großen Themenblock kam, gab es räumlich getrennt die Berichte der einzelnen Referate sowie eine Einführung in die FdA für die Gäste, aber auch für neue Leute aus den Mitgliedsgruppen. Informationen zur Geschichte, Struktur und Entwicklung der Föderation, aktuelle thematische Schwerpunkte und viel Raum für Rückfragen sollten für ein besseres Verständnis und einen leichteren Einstieg in die Föderation und deren Themen auf dem Treffen sorgen. In dieser Arbeitsgruppe entstand auch eine interessante Diskussion über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der FdA und dem Vrije Bond, der Föderation aus den Niederlanden.

Interessant zu erwähnen ist auch die neue Vertriebsstruktur des Öffentlichkeitsreferats: In Zusammenarbeit mit anarchistischen Mailordern können bald FdA-Materialien bestellt werden. Außerdem sollen möglichst alle Infoläden im Föderationsgebiet kontaktiert werden. Sobald die Organisierung der Vertriebsstruktur abgeschlossen ist und neue Auflagen der FdA-Materialien gedruckt sind, wird das Konzept im Detail bekannt gegeben. Nach einer kurzen Pause fing dann der erste strukturelle Themenblock an: Anhand eines vor dem Treffen zur Vorbereitung erstellten Diskussionspapiers sollte in 3 Arbeitsgruppen die Fragen Beteiligung an Entscheidungen, die Entscheidungsfindung in der Föderation und Wege, wie eine Beteiligung der einzelnen Mitgliedsgruppen bei Diskussionen und Projekten in der Föderation gefördert werden kann. Neben vielen Anregungen und Ideen wurde besonders

Ein Teil der DAS-Aktivist*innen, die sich den vielfältigen Repressalien entziehen konnten, konnte Nelles gemäß in Stockholm weiterhin eine Struktur aufrechterhalten, bis auch in der schwedischen Hauptstadt „die DAS 1940 stillschweigend aufgelöst worden war" (178).

Dissonanzen innerhalb des internationalen Anarcho-Syndikalismus

In der Ende 1922 in Berlin gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), dem weltweiten Verbund syndikalistischer, anarcho-syndikalistischer und unionistischer Organisationen, gruppierte sich auch die CNT als mitgliederstärkste Formation. Von einem harmonischen Zusammenwirken der einzelnen Sektionen der IAA konnte allerdings nicht die Rede sein, denn „[…] das Verhältnis zwischen IAA und CNT [war] voller Spannung", wie Nelles schreibt (81). Die CNT-FAI geriet zu Beginn der 1930er Jahre auf dem Parkett des internationalen Anarcho-Syndikalismus zunehmend in die Schusslinie der Kritik. Nach Nelles Angaben kritisierte speziell der lAA-Sekretär Alexander Schapiro (1882-1946) „die reformistisch-politische Haltung" der CNT „als auch die insurrektionelle Taktik der FAI" (81).
Mit dem Eintritt der CNT in das antifaschistische Volkfrontbündnis in Madrid und die Generalität Kataloniens ging praktisch eine Anpassungsleistung an die Erfordernisse staatstragender Regierungspolitik einher. Garcia/Piotrowski vermerken zu dieser Zerreißprobe, in der sich die CNT befand: „Die CNT-FAI stellte […] ihre […] proklamierte Frage der sozialen Revolution zurück und wurde formal zu einer gewöhnlichen antifaschistischen Organisation innerhalb der Volksfront. Formal, denn diese taktische Wende des spanischen Anarchosyndikalismus zum liberalen Antifaschismus war ziemlich problematisch und riss tiefe Gräben innerhalb der libertären Bewegung auf" (211). Oppositionelle Tendenzen fanden ihren Ausdruck beispielsweise in der Verbreitung klandestiner Zeitungsprojekte, in denen sich von der Hauptlinie der CNT-FAI offen distanziert wurde. „Anarquia" war eine dieser Zeitungen (vgl. 353).
Die CNT-FAI wechselte zwischen sozialreformerischen und sozialrevolutionären Momenten, was dazu führte, dass der Anarcho-Syndikalismus in Spanien deutlich an augenfälliger politischer Kontur einbüßte.
Die Auslöser der Meinungsverschiedenheiten unter dem „Spitzenpersonal" des internationalen Anarcho-Syndikalismus gehen nicht selten in die „Urzeit" zurück. Rüdigers intern vehement vorgetragene Missbilligung der taktischen Elemente und der strategischen Linie der CNT-FAI basierte darauf, dass seine „Einstellung zur CNT von Anfang an distanziert und kritisch [war]", wie Linse hervorhebt (61). Nelles spitzt zu, in dem er mitteilt, dass „[f]ür Rüdiger die CNT geradezu eine ‚nationale sozialistische Bewegung' [war], die sich nur dem Buchstaben, aber nicht der Substanz nach zur syndikalistischen Internationale bekenne […]" (77).
Die Einflussnahme der IAA hinsichtlich der Ausrichtung der CNT-Politik scheiterte nicht nur daran, dass sich die CNT gegenüber außerspanischen Lektionen sperrte, „[d]ie Sektionen der IAA waren", wie Nelles festhält, „politisch zu schwach, um eine wirkungsvolle Solidaritätsarbeit für die CNT-FAI zu mobilisieren, während diese sich gezwungen sah, sich auf eine antifaschistische Position zurückzuziehen" (98). Seitens der CNT wurde gegenüber den ausländischen Freiwilligen moniert, dass diese sich nicht genügend mit den spanischen Verhältnissen konkret auseinandergesetzt hätten und als eine Art Revolutionstourist*innen kaum einen effektiven Beitrag für den politischen und militärischen Kampf beisteuerten. Dies führte dazu, dass „die CNT-FAI im September 1936 in der libertären Presse des Auslands [erklärte], dass man Waffen, aber keine weiteren Freiwilligen benötige", worauf Nelles hinweist (128).
Die verstärkt wahrzunehmende Distanzierung zwischen der CNT und der IAA resultierte nicht nur aus der gegenseitigen Kritik; die Tendenz der CNT, solidarische Beziehungen zu Gruppierungen außerhalb der IAA aufzubauen, führte zu einem sich vertiefenden gegenseitigen Entfremdungsprozess. Ausdruck dieses Auseinandergehens war u.a., dass die CNT in Eigenregie und unabhängig von der IAA eine Unterstützungsstruktur aufzog, die unter dem Titel Solidarite internationale antifasciste (SIA) figurierte und von Emma Goldman in England organisiert wurde.
Souchy wurde nach dem Beginn der sozialrevolutionären Prozesse in Teilen Spaniens zum Leiter der Auslandspropaganda der CNT-FAI ernannt und Rüdiger zeichnete für die deutsche Propaganda der CNT-FAI verantwortlich. Der informelle „Außenminister" der CNT, Souchy, versuchte im Rahmen seiner umfangreichen Reiseaktivitäten die Positionen des Nationalkomitees der CNT, welches „vollkommen von den FAI-isten beherrscht" sei, wie es in einer von Nelles wiedergegebenen Passage eines Lehning-Briefs an Rocker heißt, zu stärken. Nelles gibt Lehnings trostloses Fazit seiner zweijährigen Beschäftigung als lAA-Vertreter im republikanischen Spanien wieder: „Die CNT sei eine ‚Bewegung ohne Köpfe und Intelligenz', die gegen die IAA eine ‚absolut feindliche Haltung' zeige und ihren ‚finanziellen Verpflichtungen' nicht nachkomme" (82).
Aufgrund des spannungsreichen Verhältnisses zwischen den beiden Exponenten des deutschen Anarcho-Syndikalismus („Rüdiger und Souchy verband schon in Deutschland eine tiefe Feindschaft", wie Nelles notiert [93]) zogen sich die Bruchlinien quer durch die Reihen der ehemaligen FAUD-Kombattant*innen. Die interfraktionellen Linien der deutschen anarcho-syndikalistischen Community in Spanien, die sich sowohl aufgrund sachlicher Differenzen, als auch aufgrund persönlicher Ressentiments ergaben, schwächten die Exil-Strukturen der Libertären zusehends. Souchy wurde in einem Antrag der DAS für den außerordentlichen lAA-Kongress im Dezember 1937 in Paris als der „Hauptverantwortliche für die bestehende Spaltung zwischen CNT und IAA" ausgemacht (94).
Nelles führt drei Aspekte an, die die CNT-FAI in ihrem internationalen Wirkungsgrad zum Teil massiv einschränkte: „Die internationale Propaganda der CNT-FAI war durch drei entscheidende Faktoren begrenzt. Erstens waren die Vorurteile gegenüber der CNT-FAI in der internationalen Öffentlichkeit sowohl in der Arbeiterbewegung als auch in liberalen Kreisen weit verbreitet. Zweitens waren sie ihren Gegnerinnen im republikanischen Lager bei der internationalen Propaganda unterlegen. Besonders von den Kommunistinnen, aber auch von den Sozialistinnen und Republikanerinnen wurden alle Informationen über die soziale Revolution in Spanien streng zensiert. Drittens hatte die CNT-FAI keine klare internationale Strategie und ihre Bündnispartner waren außerhalb Spaniens zu schwach, um ein wirksames Gegengewicht zur kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu bilden. Sie verfügten nicht im Entferntesten über einen internatio-

Raum für ideologische Debatten und Artikel über die Revolution, die Kollektivierungen sowie Kritiken der konterrevolutionären Abweichung des republikanischen Lagers, außerdem Ankündigungen zeitgenössischer Literatur […]“ (271).
Eine publizistische Stärkung erfuhr die exilierte anarchosyndikalistische Szenerie mit der Wiederbelebung des Asy-Verlags. Die Erstellung und Herausgabe des „Schwarzrotbuch. Dokumente über den Hitlerimperialismus“, das im Juli 1937 in dem besagten alten FAUD-Verlag erschien, kann als die „Examensarbeit“ der DAS bezeichnet werden. Die spanische Ausgabe ging erstmals im März 1938 in Umlauf; zu weiteren fremdsprachigen Übersetzungen kam es nicht mehr. (Abweichend hierzu nennt Nelles als Erscheinungsdatum für die deutsche Erstveröffentlichung den Juni 1937 und für die spanischsprachige Fassung unspezifisch das Jahr 1937 [vgl. 108]). Zur Charakteristik des Bands, der einen (schmalen) Ausschnitt von über 40.000 konfiszierten Dokumenten beinhaltet, schreiben Garcia/Piotrowski: „Das DAS-Buch versammelte Dokumente, die an verschiedenen Orten und bei verschiedenen Personen beschlagnahmt worden waren, die schon vor dem Juli 1936 als Nazis bekannt waren und von den anarchistischen Ermittlungsgruppen noch am Tag nach dem Militärputsch überrascht wurden, was in vielen Fällen verhinderte, dass die Dokumente versteckt werden konnten“ (317).
Die politische Betreuung der deutschsprachigen Freiwilligen in den Milizen der CNT-FAI zählte ebenso zum DAS-Aufgabenbereich. Hierzu wurden sog. Frontdelegierte ernannt, die in verschiedenen Milizen agierten. Exakte Zahlen über das Potential anarchistischer Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg abzugeben, ist allein aufgrund der kriegsbedingten Lageveränderungen und der teils hohen Fluktuation in den Miliz-Einheiten überaus kompliziert. Nelles macht folgendes Rechenexernpel auf: „Rechnet man zu diesen 200 Freiwilligen noch die 50 Freiwilligen hinzu, die in der Gruppe DAS oder in anderer [sic!] Funktionen für die CNT-FAI in Spanien aktiv waren, kommt man auf eine Gesamtzahl von 250 Freiwilligen auf anarchistischer Seite. Dies entsprach ca. 8% aller deutschen Freiwilligen“ (164). In Relation dazu stellte das deutsche Kontingent bei den Interbrigadist*innen ca. 3000 Freiwillige und bis zu 500 sonstige Freiwillige waren auf republikanischer Seite im Einsatz. Das Verhältnis zwischen den DAS-Frontkämpfer*innen und der Gruppe DAS in Barcelona gestaltete sich zwischenzeitlich zwiespältig. Hintergrund war die Kontroverse um die Frage nach der Bildung von Soldatenräten in den Reihen der Milizkolonnen (vgl. 147 ff.).
Die internen Reibereien innerhalb der DAS führten Anfang 1937 ferner zu der Herausbildung einer Querfrontgruppe, die laut Nelles als (unbedeutende) „Konkurrenzorganisation“ (113) zur DAS auftrat und sich unter dem Signet Sozialrevolutionäre Deutsche Freiheitsbewegung (SRDF) öffentlich präsentierte. Einer ihrer Mentor*innen war der sich von der DAS getrennte Ferdinand Götze, dessen Frau Elli Götze bis zu ihrer Abwahl im April 1937 DAS-Gruppenvorsitzende in Barcelona war. Für libertäre Aktivist*innen, die sich im Zuge der sozialrevolutionären Prozesse in Katalonien der CNT anschließen wollten, wurde Anfang 1937 eine Organisation für Sympathisant*innen gegründet, die unter dem Namen Anarchosyndikalistische Kampfgemeinschaft (ASYK) firmierte.

revolutionDer strukturelle Umbau der bewaffneten Einheiten im Rahmen der sogenannten Militarisierung der Milizen sollte zu einer Schwächung des libertären Antriebs im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges und des anvisierten sozialen Transformationsprozesses führen: „Die Auflösung des CCMA am 1. Oktober 1936, der Kontrollpatrouillen am 3. März 1937 und die Militarisierung der Arbeitermilizen an den Fronten waren“, Garcia/Piotrowski zufolge, „einige Marksteine im Restaurierungsprozess der Generalität“ (198). Mit diesen Einschnitten wurden letztlich auch die Kompetenzen der DAS erheblich beschnitten, wenn nicht gar komplett ausgehebelt. Zudem waren diese Maßnahmen ein deutlicher Fingerzeig der sich vertiefenden „stalinistisch-republikanischen Allianz“ (200).
Der Militarisierung der Milizen stimmte die Leitung der CNT-FAI im November 1936 zu, um im Gegenzug von angekündigten Waffenlieferungen zu profitieren. Diese Umstrukturierung zog sich bis zum Sommer 1937 hin. „Sie [die Milizen, Anm. OR] wurden geschlossen in Brigaden und Divisionen des Volksheeres umgewandelt, und nicht“, so Nelles einwerfend, „wie es die Kommunistinnen verlangt hatten, in gemischten Brigaden mit Wehrpflichtigen neu zusammengesetzt“ (136). Diese Militarisierung war innerhalb der anarchistischen Milizen ein großer Streitpunkt, da damit der herkömmliche militärische Autoritarismus in den konföderalen Miliz-Kolonnen Platz greifen konnte. Als Vortrupp der Militarisierung auf anarchistischer Seite fungierten die Milizen der Zentralfront in Madrid, die „mit der geballten faschistischen Kriegsmaschinerie konfrontiert [waren]“ (136). Um einiges resistenter zeigten sich die Milizverbände dagegen an der Aragonfront.
Die Frage der Organisierung der Gefangenenbetreuung und -hilfe gelangte regelmäßig auf die Agenda der Auseinandersetzungen der Libertären. Insbesondere beklagten sich nach den konflikthaften Mai-Tagen 1937 in Barcelona ausländische anarchistische Gefangene über die völlig unzureichende Unterstützung durch die CNT-FAI. Sie fühlten sich von den spanischen Anarcho-Syndikalist*innen und deren Solidaritätskomitees förmlich im Stich gelassen, wie Nelles anführt (123). Der Internationalen Roten Hilfe (IRH), die als Einheitsfrontorganisation der Antirepressions- und Solidaritätspolitik im Zuge des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1922 aus der Taufe gehoben wurde, standen die inhaftierten Libertären allerdings ablehnend gegenüber. Garcia/Piotrowski erklären: „Das Misstrauen gegenüber der SRI [span. Abk. für IRH, Anm. OR] war gerechtfertigt wegen deren Treue zu den Direktiven der Komintern, was zur Gründung eines Hilfskomitees für die Gefangenen aus Organisationen außerhalb des stalinistischen Einflussbereichs führen sollte.“ (330)
Die DAS war im Sommer 1937 faktisch als organisatorischer Zusammenhang in Barcelona nicht mehr interventionsfähig. Inhaftierungen, Ausweisungen und eine Exilierung aus dem Exil machten die „Marginalisierung der Gruppe“ (355) total. „Durch die Repression der stalinistischen Kommunistinnen [sic!]“, so Nelles, „fanden die Aktivitäten der DAS im Juni 1937 ein abruptes Ende“ (80). Geflohene, verschleppte DAS-Mitglieder, die in Frankreich festgesetzt wurden, engagierten sich nach dem Ende des spanischen Bürgerkriegs im französischen Internierungslager Gurs, in dem ehemalige Spanienkämpfer*innen vorzugsweise interniert wurden.

ein Vorschlag aufgegriffen und genauer ausgearbeitet: Jede Gruppe sucht sich einen “Buddy” aus, also eine Gesprächsperson für das Thema Belastung und Wohlbefinden in der FdA. In regelmäßig stattfindenden Treffen soll so Raum für Austausch, gemeinsame Problemlösungen und wachsenden Zusammenhalt geschaffen werden.

m zweiten Teil der Föderationsstrukturdiskussion (wiederum auf Grundlage eines vorbereiteten Diskussionspapiers) wurden AGs zu den Themen Kampagnenarbeit und Strategie gebildet. Eine weitere Arbeitsgruppe befasste sich mit der inhaltlichen Auswertung und Weiterentwicklung der Ergebnisse des ersten Themenblocks (Entscheidungen, Beteiligung). In der AG Kampagnenarbeit wurde festgehalten, dass Kampagnen von unten nach oben organisiert werden sollen, d.h. lokale Gruppen und Zusammenhänge erarbeiten ein Grundkonzept für sich und nutzen die Föderation, um weitere interessierte Gruppen und Zusammenhänge zu erreichen und einbeziehen zu können. Eine Befragung aller föderierter Gruppen nach Arbeitsschwerpunkten oder vorhandenen Interessengebieten soll mögliche Kampagnenthemen sichtbar machen. Die AG Strategie befasste sich mit einer Erweiterung anarchistischer Gruppenarbeit, die bisher eher auf Bildungsarbeit (Vorträge, Diskussionen, Theorietexte) und Aktionen (Demonstrationen, Interventionen, Unterstützungsarbeit, kulturelle Veranstaltungen) fokussiert ist. Praktische, selbstverwaltete, unkommerzielle Alternativstrukturen werden zwar ebenfalls organisiert (z.B. Voküs, soziale Zentren, Umsonstläden). Allerdings könnte eine größtmögliche Ausweitung auf alle Bereiche des Zusammenlebens (Lebensmittelanbau, Kleidung, Werkstätten, Kinderbetreuung, Weiterbildungsräume, Bibliotheken, freie Schulen, Treffpunkte, etc.) anarchistische Theorie einem breiteren Kreis (auch außerhalb der sogenannten Szene) in der Praxis erfahrbar machen, Aktive länger in den Projekten halten und vor Krisenzeiten unabhängiger werden.

Hier entstand eine kontrovers und lebendig geführte Diskussion, die auch in den nächsten Monaten weiter geführt werden soll.

Weitere Themen am Samstag waren die Vorstellung einer Antimilitarismuskampagne, der im Oktober stattfindende Anarchafeminismuskongress in London sowie die Möglichkeit des Austauschs über die Berichte der föderierten Gruppen und Netzwerke. Nach einem langen Plenumstag konnten sich die Teilnehmenden abends bei veganem Essen und Baratmosphäre im ASV erholen.

Am nächsten Morgen standen zunächst organisatorische Fragen im Mittelpunkt. Auf die Vergabe der einzelnen Referatsmandate folgte u.a. ein kurzer Hinweis auf das diesjährige selbstverwaltete Action, Mond und Sterne Camp Ende August im Schwarzwald und die Möglichkeit sich bei der Organisation zu beteiligen. Zuletzt konnten die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen entweder über aktuelle Themen der Internationalen der anarchistischen Föderation (IFA) diskutieren oder sich mit der Organisation und Weiterentwicklung der Gaidao – der Monatszeitschrift der FdA – befassen. In dieser Arbeitsgruppe ging es u.a. um die Vertriebsstruktur (Kontakte für Druck und Vertrieb der Gaidao in Österreich werden immer noch gesucht) und wie die Zeitschrift noch bekannter gemacht werden kann. Trotz leicht rückläufiger Abozahlen für die Printausgabe (bei einer hohen Nutzung der kostenlosen Online-Ausgabe) soll es auch weiterhin eine gedruckte Ausgabe der Zeitung geben.

Am Ende des Treffens konnten alle Beteiligten auf ein selbstkritisches, anstrengendes, aber auch produktives Treffen zurückblicken.

Grußbotschaft an Oliver Rast

Lieber Olli,

da du auch ein Gaidao-Abo hast, nutzen wir diese Ausgabe um dir eine kleine Grußbotschaft zu schicken. Erstmal wollen wir uns bei dir für die vielen und ausführlichen Buchbesprechungen und Beiträge bedanken, die du in der Gaidao veröffentlichst!
Auch wenn wir deine Beiträge sehr schätzen, würden wir dich natürlich viel lieber endlich wieder in der Freiheit wissen. Wenn man nie im Knast war, ist schwer sich vorzustellen, wie diese Gefangenschaft einen zermürben kann. Wie es ist, wenn man seiner Freiheit, seiner Freund*innen und seines kompletten Lebens beraubt wird. Um so mehr freuen wir uns über deinen Output aus dem Knast, dem man entnehmen kann, dass du dich nicht unterkriegen lässt. Wir wünschen dir, dass es so bleibt und dass wir dich bald wieder auf der Straße und in der (relativen) Freiheit begrüßen können.

Herzliche Grüße!
die Gaidao-Redaktion

Mehr Infos

Oliver wurde im sog. mg-Verfahren zu einer 3½-jährigen Haftstrafe verurteilt, wegen der er bis heute weggesperrt ist. Ihm wurde zusammen mit zwei anderen Angeklagten die Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) und der Versuch eines Brandanschlags in Brandenburg vorgeworfen.
Im Rahmen der Ermittlungen im RAZ-Verfahren im Mai 2013 wurde er vom offenen in den geschlossenen Vollzug in der JVA Tegel verschleppt.

Wie alle Gefangenen freut sich Olli über Post. Schreiben könnt ihr ihm an folgende Adresse:

Oliver Rast - JVA Tegel - Seidelstr. 39 - 13507 Berlin

Mehr Infos unter:
Web: http://soligruppe.blogsport.eu/

Der Diskriminierung entgegentreten!

Zu den Protesten gegen den Bildungsplan in Baden Württemberg

★ *Von: Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)*[2]

Vorwort der Redaktion: In Stuttgart protestiert ein rechtskonservatives Bündnis mit monatlichen Demos gegen einen neuen Bildungsplan der grün-roten Landesregierung, der unter anderem vorsieht, dass in den Schulen für die „Akzeptanz sexueller Vielfalt" geworben werden soll.

Alles Nazis oder was?

Wir sind gegen die Proteste gegen den Bildungsplan. Doch warum? Einige bisherige Berichte (Artikel bei linksunten) versteiften sich auf das Thema Neonazis bei den Demonstrierenden gegen den Bildungsplan. Hier halten wir eine differenziertere Betrachtung für notwendig. Neonazis finden zwar klare Anknüpfungspunkte, sind aber nicht die Initiator*innen und stellen auch nicht die Mehrheit der Teilnehmer*innen der Proteste. Die Teilnehmer*innen rekrutieren sich vielmehr aus dem gesamten konservativen und reaktionären Spektrum: Christliche Fundis, PI-News[1], Konservative Aktion, AfD, etc. Auch die Russisch-Orthodoxe Gemeinde scheint eine relevante Rolle einzunehmen. Unseres Erachtens ist Heterosexismus und Homophobie ein zentraler Antrieb für die Proteste der Bildungsplan-Gegner*innen, auch wenn sie selbst es leugnen und "nur um das Wohl ihrer Kinder besorgt sind". Hier besteht immer die Gefahr: Wenn unsere Kritik zu sehr auf einzelne Akteur*innen abzielt, gibt man den restlichen Demonstrierenden den Raum, sich von diesen Akteur*innen inhaltlich zu distanzieren und ihre "besorgte Eltern"-Scharade weiter zu spielen.

Um an dieser Stelle entgegenzuwirken werden wir uns im Folgenden grundlegend mit den gesellschaftlichen Mechanismen, die hinter den Bildungsplangegner*innen stehen, auseinandersetzen. Dazu wollen wir gerne etwas weiter ausholen und die ständig stattfindende unterbewusste Kategorisierung der menschlichen Wahrnehmung in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Diskriminierungsformen setzen. Wir erklären die Schlagworte Heteronormativität und Heterosexismus. Erst darauf aufbauend wollen wir die Diskriminierung durch die Bildungsplangegner*innen aufgreifen.

Sind wir neutral?

Wir Menschen aus dem westlichen Europa halten uns gerne für aufgeklärt und objektiv. Was auch immer wir in unserem Alltag tun, wenn wir durch die Straßen laufen und andere Menschen wahrnehmen, beim Fernsehen, im Kino… – überall wo wir andere Menschen erblicken oder mit ihnen in Kontakt treten, nehmen wir von uns an, dass wir in einer relativen Unvoreingenommenheit anderen Menschen gegenüber leben. Sicher, mal gefällt uns eine Frisur nicht oder wir mögen bestimmte Personen nicht besonders. Aber ansonsten sind wir neutral. Oder nicht?

Sozialisation und unterbewusste Kategorisierung

Dabei ist uns meist gar nicht bewusst, dass unser Gehirn ununterbrochen Menschen in Kategorien einteilt: jugendlich, weiblich, von hier (vermutlich deutsch), dünn, trendy, attraktiv, oder: männlich, dick, mittleren Alters, südländisch, bieder, unattraktiv, vermutlich arm.

Ob im Sinne einer Beschränkung auf das Wesentliche oder aus Zeitmangel angewendet ermöglichen uns Kategorien und Klischees als vereinfachte und verallgemeinerte Vorstellungen über Menschen zunächst einmal Orientierung, Sicherheit und dienen einer schnellen Kommunikation. Nun wäre theoretisch einer unbewussten Kategorisierung anderer Menschen in unserer Umgebung nichts vorzuwerfen, wäre sie neutral und bei Bedarf flexibel. Ist sie aber nicht. Wir nehmen zwar eine eigene Neutralität an,

ren Strukturen derart erschwert, dass eine effektive gegenseitige Bezugnahme und Unterstützung verunmöglicht wurde. Linse konstatiert zudem, dass „die sprachliche und mentale Anpassung an das Gastland und das Verhältnis zur CNT [[n]icht unproblematisch war]" (67). Diese Umstände brachten es mit sich, dass die exilierten Anarcho-Syndikalist*innen eine starke Binnenstruktur ausprägten. Dies, obwohl viele von ihnen CNT-Mitglieder waren und sich, wie es in der FAUD-Satzung fixiert wurde, den Berufssyndikaten der CNT-Kolleg*innen anschlossen.

Eine aktive materielle Unterstützungsleistung der CNT für die sich seit Ende 1933 in größerer Anzahl in Katalonien aufhaltenden anarcho-syndikalistischen Emigrant*innen blieb aus, so dass sich die IAA verantwortlich zeigen musste. „Die CNT weigerte sich überhaupt", so Linse, „ihre Beiträge an die IAA abzuführen […]" (74). Die CNT ließ es an einer praktisch gewordenen internationalistischen Haltung vermissen und offenbarte ihr Desinteresse, eine Boykottkampagne gegen den NS-Staat im Rahmen der IAA voranzutreiben.

Eines der zentralen publizistischen Projekte der DAS in der Zeit vor den Ereignissen des Bürgerkriegs war die Herausgabe eines Theorieorgans. „Rüdiger nannte", lässt uns Linse wissen, „die Zeitschrift in Erinnerung an das frühere theoretische Diskussionsorgan der FAUD ‚Die Internationale. Anarchosyndikalistisches Organ, herausgegeben vom Sekretariat der I.A.A. Neue Folge'" (72). Die Auftaktnummer erschien Anfang August 1934. Diesem Presseerzeugnis war allerdings aufgrund der desaströsen Finanzlage kein langes Leben beschert, denn nach der fünften Nummer im Mai 1935 musste die Einstellung des Blatts verkündet werden. Problematisch war die Aufgabe der Internationale auch deshalb, weil diese als ins nationalsozialistische Deutschland geschmuggelte Tarnschrift eine Verbindung zwischen den Exilstrukturen und dem inländischen libertären Widerstand herstellen sollte.

Bis zum Militärputsch nationalistischer und protofaschistischer Kräfte am 17. Juli 1936 führte die DAS ein Schattendasein. „[…] die Gruppe hat bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs nur leidlich oder gar nicht funktioniert", so Linses ernüchterndes Resümee (70). Die persönlichen Animositäten unter den DAS-Mitgliedern, die unverkennbar intensiv kultiviert wurden, und die sich im Kreise drehenden Diskussionen über die spanischen Vorgänge führten zu einer Degradierung der DAS auf den Stand einer bloßen „‚Informationsquelle'" (Rüdiger) (72).

Die Tätigkeitsfelder der DAS im Spanischen Bürgerkrieg

Der Frente Populär, der vor den Neuwahlen im Februar 1936 als Gegengewicht zum Frente National (Nationale Front) gegründete Block der Volksfront, umfasste die moderaten Republikaner*innen der Izquierda Republicana und der Union Republicana, die Sozialist*innen des PSOE und der ihr nahestehenden Gewerkschaft UGT, die Kommunist*innen des PCE sowie der als „trotzkistisch" etikettierte POUM. Unterstützt wurde die Volksfront-Allianz von der katalanischen ERC sowie den Anarcho-Syndikalist*innen und Anarchist*innen der CNT-FAI. In der Volksfront, die sich auf einen (bürgerlichen) antifaschistischen Konsens verständigte, sollten schnell die Sollbruchstellen und Gegensätze zu Tage treten. Vor dem Hintergrund dieser Heterogenität waren Fraktionierungen beinahe naturnotwendig zu erwarten. Infolge ihrer offiziellen Regierungsbeteiligung befand sich die CNT-FAI in einem Dilemma, aus dem es kein Entrinnen geben konnte. Zwischen der Regierungsloyalität gegenüber der republikanisch gesinnten Mehrheit in Madrid und der Generalität, der Regionalregierung Kataloniens, in Barcelona sowie dem Revolutionselan der libertären Basis pendelte die Politik der CNT-FAI hin und her. Es entstand eine „Machtdualität" zwischen Juli 1936 und Mai 1937, die insbesondere zu einem sich forcierenden „Kampf um die Kontrolle der öffentlichen Ordnung", wie es Garcis/Piotrowski nennen, führte: „Die Konfrontation zwischen einer im Entstehen begriffenen neuen revolutionären Ordnung, die sich trotz allem auf den Feldern, in den Fabriken und auf den Straßen der Städte und Dörfer durchsetzte, und der republikanischen Legalität der Generalität ging durch alle Instanzen des öffentlichen Lebens von Katalonien" (204).

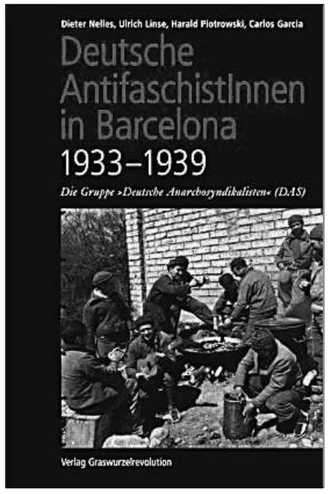
Nelles skizziert den Bedeutungsgewinn, den die DAS zu Beginn der sozialen Revolution und der Bürgerkriegswirren in Spanien erfuhr: „Aus einer kleinen, isolierten Gruppe war die DAS zur politisch einflussreichsten deutschen Exilgruppe in Barcelona avanciert" (109). Einer der gestalterischen Höhepunkte war, dass im August 1936 „[u]nter maßgeblichen politischem Einfluss der DAS" (104) die Gründung des Internationalen Komitees Antifaschistischer Emigranten (CIDEA) erfolgte. Vom von der CNT-FAI dominierten Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen (CCMA) wurde der DAS-Gruppe der Auftrag der Kontrolle über alle deutschsprachigen Ausländer*innen in Barcelona erteilt, was den Grenz-, Post, Hafen- und Eisenbahnverkehr umfassen sollte (vgl. 101). Mit den aufgestellten Informations- und Ermittlungsgruppen ging es vor allem um das Aufdecken und Zerschlagen von NS-Strukturen in der katalanischen Hauptstadt. Diese faktische Funktion einer „Ausländerpolizei" musste mit einer schmalen infrastrukturellen und personellen Basis ausgefüllt werden, denn selbst zu ihrer Hochzeit soll die DAS in Barcelona lediglich einen Spitzenwert von 45 Mitgliedern erreicht haben (vgl. 109).

In den von Nelles wiedergegebenen Passagen aus dem Protokoll über die Tätigkeit der DAS-Gruppe im Monat Juli-August [1936] werden die Stoßrichtungen des „Zweifronten-Kampfs" der DAS deutlich: „Es ist im wesentlichen ein Abwehrkampf gegen zwei illegale Fronten. Einerseits gegen die Kriegsspionage der nationalsozialistischen und anderen ausländischen faschistischen Organisationen, andererseits gegen die numerische Überschwemmung Spaniens mit ausländischen Kommunisten und Sozialisten, die vielleicht eine noch stärkere Gefahr für die freiheitliche Entwicklung der spanischen Revolution werden kann." (110) Mit dem Abzug deutscher NS-Mitglieder und der mit dem NS sympathisierenden Deutschen aus Barcelona „war das erste Handlungsfeld der DAS abgeschlossen" (110).

Um an der Propaganda-Front Erfolge zu erzielen, richtete die CNT-FAI einen mehrsprachigen Informationsdienst ein. Die deutsche Ausgabe wurde von Rüdiger redigiert. Enthalten waren in erster Linie Reportagen, informative Nachrichten und offizielle Statements aus libertären Bewegungen aus aller Welt. Des Weiteren sollte mit der Herausgabe von „Die soziale Revolution", die vom Januar bis Juni 1937 als „Frontzeitung" in insgesamt dreizehn Ausgaben (Nelles spricht von 12 Nummern [vgl. 106]) erschien, die Brücke von den deutschen Freiwilligen in Spanien zum libertären deutschen Exil im Ausland geschlagen werden. „Die Seiten von Die Soziale Revolution", so Garcia/Piotrowski den Blattinhalt umreißend, „boten auch

Engagement deutscher Freiwilliger im spanischen Bürgerkrieg, ein Beitrag zur Geschichte des internationalen Anarchosyndikalismus in der Zwischenkriegszeit und ein Beitrag zur Geschichte der spanischen Revolution“ (9). Zum einen befördert das Autorenquartett das Wirken einer weitgehend unbekannten Exilant*innengruppe an die Oberfläche der Geschichts- und Exilforschung zur sozialen Revolution im Kontext des Spanischen Bürgerkriegs, zum anderen dokumentieren die Autoren mit ihrer Publikation einen spezifischen Beitrag deutscher Anarcho-Syndikalist*innen im Sozialrevolutionären und antifranquistischen Widerstand.

Von der DAS wurde in der deutschen Exilforschung bislang kaum Notiz genommen. Die Autoren nennen u.a. als einen gewichtigen Grund, dass sich die Anarcho-Syndikalist*innen, die aus dem „Hitler-Deutschland“ entkommen sind, zuvorderst als Teil des internationalen Anarcho-Syndikalismus verstanden. Die Kontaktstränge zu den Exil-Communities deutscher NS-Gegner*innen aller Couleur waren deshalb nur spärlich vorhanden. Die Geschichte und das Schicksal der ausländischen Freiwilligen, die sich der CNT-FAI oder auch dem revolutionär-marxistischen POUM anschlossen, sind im Gegensatz zu den Aktivist*innen in den Reihen der Internationalen Brigaden fast vollständig in Vergessenheit geraten. „Diese Freiwilligen gehörten zu den doppelten Verlierern des spanischen Bürgerkriegs“, so Nelles betonend, denn „[s]ie verloren nicht nur den Krieg, sondern waren auch im Kampf gegen die antirevolutionären Kräfte im republikanischen Lager unterlegen“ (80).



Vorlauf und Anfänge der DAS

Das katalanische Barcelona avancierte für deutsche Oppositionelle - und demnach auch für Libertäre - zu einer der favorisierten Anlaufpunkte, um dem Zugriff des NS-Staats zu entgehen. Garcia/Pietrowski erwähnen, dass Ende 1934 bis zu 18.000 Deutsche allein in Barcelona ansässig gewesen sein sollen (vgl. 17). Gleichzeitig sprechen sie von einer sich ausbreitenden „Nazifizierung der deutschen Kolonie“ (34).

Die Verkettungen zwischen deutschen und spanischen bzw. katalanischen Libertären zeigen sich aber auch in einer umgekehrten Laufrichtung. Linse verweist auf eine Anekdote, die die deutsch-spanischen Beziehungen im Anarcho-Syndikalismus bereits frühzeitig auf das Engste belegen. Als Diego Abad de Santillan (1897-1983), der spätere CNT-Wirtschaftsminister in Katalonien und Konstrukteur des Milizsystems während des spanischen Bürgerkriegs, Anfang der 1920er Jahre in Berlin weilte, ehelichte er eine Tochter von Fritz Kater (1861-1945) (vgl. 53). Kater, seines Zeichens Leiter der Berliner Geschäftskommission der FAUD, betätigte sich in erster Linie als Verleger lokalistischer und (anarcho-)syndikalistischer Literaturen.

Der Masseneinfluss und die Organisationsbreite der CNT-FAI erzeugten bei deutschen Libertären unterschiedlicher Linien teils enthusiastische Reaktionen. Bei dem aktionistisch orientierten Teil von Anarchist*innen, (Anarcho-)Syndikalist*innen, aber auch von dissidenten Sozialist*innen und Kommunist*innen fand der von der CNT lancierte, aber fehlgeschlagene Aufstand am 8. Januar 1933 in der katalonischen Hauptstadt viel Anklang. In den ersten Monaten des Jahres 1933 spiegelte sich die Insurrektionsrhetorik in den Spalten des Arbeiter-Echo, dem FAUD-Nachfolgeblatt von Der Syndikalist, wider. Eine ungeteilte Zustimmung wurde den CNT-FAI-Akteur*innen in Katalonien seitens der deutschen Anarcho-Syndikalist*innen allerdings nicht entgegengebracht, da sie den insurrektionistischen Kurs nicht für förderlich hielten, um einen „revolutionären Flächenbrand“ auf der iberischen Halbinsel zu entfachen. Diese reservierte Position wurde durch den zweiten, im Dezember 1933 initiierten Aufruhr der spanischen Anarcho-Syndikalist*innen noch verstärkt, zumal dieser mit einer Schwächung der CNT-FAI-Strukturen endete. Massenhafte Inhaftierungen von Mitgliedern und Sympathisant*innen und die Illegalisierung der CNT-FAI waren die Bilanz.

Dennoch bildete Spanien für deutsche Anarcho-Syndikalist*innen einen Silberstreif am Horizont der antifaschistischen Front gegen den vielerorts aufkeimenden Faschismus, und insbesondere die sozialrevolutionären Kollektivierungsprozesse im rebellischen Katalonien lösten die Faszination einer gelebten Utopie aus.

Die Autoren schicken einleitend voraus, dass das Kürzel „DAS“ richtigerweise in „Gruppe Deutsche Anarchosyndikalisten im Ausland“ aufzulösen sei, sie aber die gebräuchlichere Bezeichnung „Deutsche Anarchosyndikalisten“ verwenden (vgl. 8). Ein definierbares Gründungsdatum der DAS ist offenbar nicht ermittelbar, da die Angaben in dem Sammelband divergieren. Während sich Linse auf einen vermutlich von Helmut Rüdiger (1903-1966) verfassten geschichtlichen Abriss zur DAS stützt, wonach sich die anarcho-syndikalistische Exilant*innengruppe unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler sammelte (vgl. 64), schreibt er hinsichtlich der DAS in Barcelona, dass „sie etwa im September 1933 [[g]egründet wurde]“ (70). Nelles erwähnt hingegen, dass sich die DAS 1934 konstituierte (vgl. 80). Der organisatorische Schwerpunkt der DAS, die als Sektion innerhalb der (anarcho-)syndikalistischen Internationale, der IAA, wirkte, lag in Barcelona. Linse zitiert Rüdiger, der in einem Brief an Rudolf Rocker (1873-1958) aus dem September 1933 die „Erfolgsmeldung“ notiert: „Wir sind jetzt hier schon 11 Genossen der FAUD und haben auch so etwas wie eine Gruppe gegründet“ (70). Des weiteren gibt er Rüdiger aus einem anderen Briefwechsel wider, demzufolge sich seit 1935 in Barcelona „fast die ganze FAUD versammelt“ hätte (71). Die DAS in Barcelona unterstand formal dem Regionalkomitee der CNT-FAI. Weitere DAS existierten in den bevorzugten Exilorten Stockholm, Amsterdam und Paris, die in dem Sammelband aber nur am Rande berücksichtigt werden.

Die DAS in Barcelona befand sich logistisch und materiell in einer besonders prekären Situation, da die CNT-FAI infolge der Aufstandsversuche im Januar und Dezember 1933 illegalisiert wurde. Damit war die Kontaktaufnahme oder gar das Herstellen offener Verbindungen zu den örtlichen Anarcho-Syndikalist*innen und ih-

in Wirklichkeit aber wachsen wir in einer von Ungleichheit bestimmten Gesellschaft auf und verinnerlichen Rollen und Diskriminierungsformen. Was ist normal, was ist anders, wer/was sind “wir”, wer/was sind “die anderen”. Dieses Wissen ist ein gesellschaftlicher Code, den viele Menschen seit ihrer frühesten Jugend verinnerlichen und weitergeben. In der Familie, in Freundschaften und Beziehungen, über Medien, Politik, Wissenschaften, Bildung und so weiter.

Sozialisation bezeichnet die Verinnerlichung solcher gesellschaftlicher Normen. Über Sozialisation lernen wir in Kategorien zu denken, die in dem jeweiligen Zusammenhang und der (Entstehungs-)Geschichte unserer gesellschaftlichen Umgebung entstanden sind. Miteinbezogen werden dabei unterschiedliche Kategorien, die den Status und die Anerkennung von Menschen in einer Gesellschaft bestimmen, zum Beispiel: Geschlecht, Hautfarbe, Kultur, soziale Schicht, Background, Behinderung/Nicht-Behinderung, Alter,…Diese Kategorien sind von Menschen gemacht und haben reale Auswirkungen auf die betroffenen Personen.

Der heutige (westeuropäische) gesellschaftliche Ist-Zustand privilegiert Träger*innen bestimmter Eigenschaften (z.B.: männlich, heterosexuell, weiß, deutsch, gut gekleidet, nicht arm). Alle Menschen, die innerhalb dieser Gesellschaft sozialisiert wurden (und damit diese “Privilegien” als positiv und normal verinnerlicht haben), streben nach diesen Eigenschaften. Wenn Menschen diesen gesellschaftlichen “Idealzustand” nicht erfüllen (können oder wollen), werden sie als “anders” kategorisiert. “Anders” meint nicht nur abweichend vom gesellschaftlichen Ist-Zustand, sondern wird gleichzeitig auch negativ bewertet.

Gesellschaftlicher Ausgangspunkt

Wir leben in einer Gesellschaft, in der als „anders“ wahrgenommene Menschen – Menschen die nicht den Wertvorstellungen der dominierenden Mehrheitsgesellschaft entsprechen – Ausgrenzung, Nicht-Anerkennung, und unterschiedliche Formen der Gewalt erfahren.

Unterdrückungsmechanismen wie beispielsweise gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung gehen mit den bestehenden Hierarchien einher, die das Bild unserer Gesellschaft prägen. Sie führen zu Ungleichheit, untermauern bereits bestehende Diskriminierung und erneuern sich ständig selbst. Dieses ständige Erneuern passiert nicht von allein, sondern wird von Menschen bewusst oder unbewusst durchgeführt. Anstatt bestehende Ungleichheit und Hierarchien in Frage zu stellen, grenzt man sich gegen andere Menschen ab und diese aus. Besondere Benachteiligung, Gewalt und Herabwürdigung erfahren Menschen, die aufgrund von Äußerlichkeiten und anderen Merkmalen, ihrer Kultur, (angenommenen) Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderungserfahrung, Alter und/oder Geschlecht diskriminiert werden.

Diskriminierung

Ein wesentlicher Bestandteil von Diskriminierung ist die Zusammenfassung und Kategorisierung von Menschen zu Gruppen und der damit verbundenen Unterstellung bestimmter Eigenschaften. Die weit verbreitete Einstellung und Akzeptanz von Vorurteilen, die Menschen betrifft, diese in ihrem Handeln einschränkt und somit reale Auswirkungen auf deren Alltag hat, wird Diskriminierung genannt.[2] Es gibt viele verschiedene Formen der Diskriminierung, die sich gegenseitig überschneiden und bedingen. Gemeinsam haben sie, dass die betroffenen Menschen aufgrund von bestimmten Merkmalen oder ihrer Gruppenzugehörigkeit benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Die als „anders“ wahrgenommene Menschen, jene, die nicht in die allgemein gesellschaftlich anerkannten Wertvorstellungen passen, sind täglich mit Diskriminierung konfrontiert. Gewalttätig ist Diskriminierung immer und kann tiefgreifende Auswirkungen auf die körperliche, seelische und geistige Unversehrtheit und die Entfaltungsmöglichkeiten der betroffenen Menschen haben. Wir sehen daher drei Ebenen, auf denen sich die Gewalt durch Diskriminierung manifestiert.

(1) Auf individueller Ebene: Hier wird Diskriminierung beispielsweise durch verbale Gewalt in Form von Vorurteilen, Witzen und Bemerkungen ausgedrückt, oder durch direkte körperliche Gewalt.

(2) Auf gesellschaftlicher Ebene: etwa in Form von Ausgrenzung und einem allgemein anerkannten Wissen darüber, was natürlich und was unnatürlich ist, wer zu dem “wir” und wer zu “den anderen” gehört; ebenso durch psychische Gewalt wie Nicht-Anerkennung einer Identität und (Be-)hinderung einer persönlichen, individuellen Entfaltung.

(3) Auf struktureller und institutioneller Ebene: Die Diskriminierten erfahren keine gleichberechtigte Beteiligung/ Mitgestaltung/ Mitwirkung/ Mitbestimmung an gesellschaftlichen Ressourcen, in sozialen, politischen, materiellen, kulturellen Bereichen.

Heteronormativität und Heterosexismus als Diskriminierungsform

Als Heteronormativität wird ein Geschlechtersystem bezeichnet, bei dem nur zwei Geschlechter, nämlich Mann und Frau, gesellschaftlich zur Norm erhoben werden. Dabei wird das jeweilige Geschlecht (Mann oder Frau) sowohl mit den gesellschaftlich Rollenvorstellungen von Männern und Frauen verbunden, als auch mit der heterosexuellen Orientierung. Das heißt, dass es bestimmte gesellschaftlich anerkannte Vorstellungen darüber gibt, welche Rollen jeweils Männern und Frauen entsprechen, welche (eher) nicht, und dass die einzige natürliche Beziehungsform eine heterosexuelle Zweierbeziehung zwischen Mann und Frau ist.

Heteronormativität bestimmt somit, was als „normale“ Sexualität gilt und ist gleichzeitig mit den von vielen Menschen verinnerlichten Normen und Vorstellungen bezüglich Körper, Geschlecht, Charakterzuschreibungen, Familie, … verknüpft. Die daraus entstehende Diskriminierungsform wird als Heterosexismus be-

zeichnet. Sie lässt keine weiteren Sexualitäten und Geschlechter zu.

“Ich hab ja nichts gegen Schwule, aber...”

Wie bereits in der Einleitung erwähnt werfen wir den Bildungsplangegner*innen heterosexistische und homophobe Diskriminierung vor. Unseres Erachtens ist Heterosexismus und Homophobie ein zentraler Antrieb für die Proteste der Bildungsplan-Gegner*innen, auch wenn sie selbst es leugnen und sich als “besorgte Eltern” darstellen. Die heteronormative Form des Zusammenlebens (Vater, Mutter, Kinder) findet selbstverständlich und selbstbewusst im öffentlichen Raum statt. Andere Konzepte des Zusammenlebens hingegen haben sich im Privaten abzuspielen – und dort auch zu bleiben. Dieses Messen mit zweierlei Maß zeigt sehr deutlich die diskriminierende Haltung der Bildungsplangegner*innen. Das Verschweigen und die Nicht-Anerkennung bestimmter Identitäten ist auch in anderen Bereichen (z.B. Rassismus) ein machtvolles Ausgrenzungs- und Unterdrückungsinstrument. Die Angst zu schüren, durch die bloße Erwähnung alternativer Sexualitäten und Geschlechterrollen seien Kinder und Familie bedroht, gründet auf Vorurteilen und falschen Unterstellungen, sie ist heterosexistisch und homophob. Dieser Verbreitung diffuser Ängste und Unterstellungen wollen wir uns entgegenstellen und für gegenseitige Wertschätzung und eine selbstbestimmte Sexualität eintreten. Wir haben uns dagegen entschieden der Argumentation der Bildungsplangegner*innen weiteren Raum in unserem Text zu geben.

Unsere Kritik

Wir kritisieren die Vorstellung einer natürlich gegebenen Heterosexualität von Mann und Frau und die damit verbundene Heteronormativität in der Gesellschaft. Wir gehen davon aus, dass Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität immer in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden sind und aus diesem entstehen. Dabei werden diese Annahmen durch Medien, Literatur, Musik, ... und durch Institutionen wie die Kirche, Schule, (Teile der) Wissenschaft,... als angebliche Wahrheit untermauert. Diese konstruierte Annahme heterosexueller Mann/ heterosexuelle Frau als einzig gültige Lebensweise empfinden wir als unmenschlich und diskrimierend, da sie aus unserer Sicht nicht der menschlichen Vielfalt gerecht wird.

Bildungsplan

Wir sind uns natürlich der Ironie der seltsamen Ausgangslage bewusst: Wir unterstützen und verteidigen eine Initiative der Landesregierung. Klar ist, dass wir nicht grundsätzlich gut finden, was die Regierung treibt und dass wir den Bildungsplan nur partiell unterstützenswert finden. Uns ist es jedoch wichtig ein klares Zeichen gegen die reaktionären Kräfte zu setzen, die sich da zusammentummeln, um gegen den Bildungsplan vorzugehen. Unsere Ansprüche an ein Bildungssystem sind sicherlich andere als die des Staates. Aber auch das jetzige Bildungssystem sollte neben vielem weiterem den Menschen die nötigen Koordinaten mitgeben an denen sie sich orientieren können und auch Kritik- und Toleranzfähigkeiten vermitteln. Darüber hinaus ist es wichtig, dass jungen Heranwachsenden Wissen und Mittel an die Hand gegeben werden, die sie zur eigenbestimmten unvoreingenommen Selbsterkenntnis eigener Sexualität befähigen. An dieser Stelle begrüßen wir den Ansatz in den Arbeitsversionen des neuen Bildungsplans über alternative Formen bezüglich Sexualität und Geschlecht aufzuklären. Das Schweigen über oder gar Tabuisieren von bestimmten Formen der Sexualität oder Lebensentwürfen steht einer gesunden selbstbestimmten Entwicklung junger Menschen und ihrer Sexualität entgegen. Aufklärungsarbeit an Schulen ist also keine „Propaganda”, sondern dient dem ureigenen Interesse aller Kinder.

Was wir wollen

Wir lehnen Hierarchien und die damit einhergehenden Unterdrückungsmechanismen und Diskriminierungen ab. Um diese abschaffen zu können, müssen wir diese erkennen und reflektieren. Wir wollen Hierarchien bekämpfen, die die Menschen in einer Gesellschaft nach Macht und Nicht-Macht, in höhere und nieder Statusgruppen einteilen. Hierzu ist es nötig, aktiv zu werden. Dazu gehört auch das Hinterfragen der eigenen Rollen, genaues Hinhören, aufmerksam machen, sich in den Weg stellen, Schreiben, es gibt ganz viele Möglichkeiten... jede*r kann etwas tun!
Ziel ist es, zu einem anderen Umgang der Menschen untereinander zu kommen – jenseits von Diskriminierung, Unterdrückungsmechanismen und Machtstrukturen. Wenn wir eine Gesellschaft anstreben, in der Vielfalt das gesellschaftliche Bild prägt und unterschiedliche Lebensentwürfe gleichberechtigt nebeneinander stehen können, hat in dieser Form des Pluralismus Diskriminierung keine Berechtigung. Da Diskriminierung immer gewalttätig ist – auf die ein oder andere Weise – darf ihr kein Raum gelassen werden um sich auszubreiten.

Deshalb stellen wir uns dieser Diskriminierung entschlossen und kreativ entgegen. Auf der Straße, in unserem Alltag und in den Köpfen.

Für die freie Vereinigung freier Individuen.

---

(1) *Politically Incorrect-News: rechtes, reaktionäres Internetportal*

(2) *Auch auf anderen Wegen wie beispielsweise institutionelle Gewalt kann Diskriminierung entstehen.*

Deutsche Libertäre im Spanischen Bürgerkrieg

Rolle und Bedeutung der Exilgruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS)

★ *Von: Oliver Rast*

Die Primär- und Sekundärliteratur zum Spanischen Bürgerkrieg (Juli 1936 bis April 1939) ist reichhaltig und breit aufgestellt. Zu schließende thematische Lücken finden sich dennoch allenthalben, zumal weiterhin Archivbestände, insbesondere in Russland, auf eine systematische Erschließung und Auswertung warten. Ein deutsch-spanischer Autorenkreis, dem Dieter Nelles, Ulrich Linse sowie das Autorenduo Carlos Garcia und Harald Piotrowski angehören, unternimmt mit einer Buchveröffentlichung den Versuch, eine der organisationsgeschichtlichen Forschungslücken zu schließen.
Mit dem im Herbst 2013 im Verlag „Graswurzelrevolution“ erschienenen Sammelband „Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona 1933-1939. Die Gruppe ‚Deutsche Anarcho-Syndikalisten‘ (DAS)“ wird ein monografisches Werk in deutscher Sprache vorgelegt, welches 2010 zunächst auf der iberischen Halbinsel veröffentlicht wurde. Die Vorgeschichte dieses Bandes geht auf ein nicht abgeschlossenes Forschungsprojekt Ende der 1980er Jahre zurück, in dem vormals auch Hans-Jürgen Degen und Wolfgang Haug involviert waren. Für die deutsche Fassung wurden die Texte von Nelles und Linse durchgesehen und erweitert. Der Band mit über 400 Seiten enthält insgesamt zehn Beiträge, zwei Anhänge und ein Verzeichnis mit über sechzig Kurzbiografien libertärer deutschsprachiger Spanienkämpfer*innen, die eine direkte oder indirekte Beziehung zur DAS aufweisen.
Linse beschäftigt sich in seinem Beitrag im Schwerpunkt mit der Entstehung der DAS bis zum Beginn des Militärputsches und anschließenden Bürgerkriegs in Spanien. Nelles schließt zeitlich an Linses Aufsatz an und beschreibt neben der Politik der DAS in der Zeit von 1936-1939 das widersprüchliche Verhältnis zwischen dem internationalen Anarcho-Syndikalismus und der CNT-FAI bzw. der DAS. Des Weiteren liefert er einen Überblick über das Engagement deutscher Freiwilliger in den Milizen der CNT-FAI. Garcia und Piotrowski konzentrieren sich vornehmlich auf einzelne Fallstudien, in denen die Rolle und Bedeutung der DAS im Kontext der Machtkonstellationen im spanischen bzw. katalanischen Exil erläutert werden. Das Autorenduo schildert u.a. die Auseinandersetzung um die Hegemonie im öffentlichen Leben in der republikanischen Zone, die antifaschistische Politik der DAS gegen das „Nazi-Netz“ vorwiegend in Katalonien und die Entstehungshintergründe des „Schwarzrotbuchs“.
Die Ausführungen der Autoren sind einer der seltenen Erträge der geschichtswissenschaftlichen Unterdisziplin „Anarchismusforschung“ im akademischen Betrieb, in der sich mit dem heterogenen Spektrum libertärer und verwandter Tendenzen befasst wird. Die zwei profilierten Anarchismusforscher*innen Nelles („Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus“) und Linse („Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919-1933“) konstatieren eingangs, dass es eine Anarchismusforschung an den bundesrepublikanischen Universitäten - von rühmlichen Ausnahmen abgesehen - de facto nicht (mehr) gibt.
Das Ergebnis der Buchveröffentlichung kann sich - mit Abstrichen - sehen lassen. Die Autoren charakterisieren ihr Buchprojekt wie folgt: „Es ist ein Beitrag zum deutschen Exil in Spanien und zum

eines proletarischen Antimilitarismus und die aktive Kriegsteilnahme der arbeiterbewegten Massen lassen sich nur schwerlich einzig darauf zurückführen, dass die sozialdemokratischen Arbeiter*innen von der OHL für deren Kriegsinteressen funktionalisiert wurden. Die als Stigmatisierung empfundene Fremdzuschreibung als „vaterlandslose Gesellen“ wurde von den Vertreter*innen der revisionistischen und zentristischen Mehrheitsströmungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie u.a. auf der parlamentarischen Bühne regelmäßig zu entkräften versucht. Die (anfängliche) Kriegseuphorie und die lediglich rhetorisch verbalisierte internationale proletarische Solidarität in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft irritieren umso weniger, wenn bedacht wird, dass die Einhaltung einer machiavellischen Staatsräson sowohl für die SPD-Nomenklatura als auch für die Mitgliederbasis von großer Bedeutung war.
Nach Kriegsende kamen in Berlin sowie an Rhein und Ruhr „die Syndikalisten gut aus den Startlöchern“, wie Döhring notiert. (101) Mit der zügigen Reorganisierung des (Anarcho-)Syndikalismus sowie der Gründung der Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) im Hergang der Novemberrevolution 1918/1919 konnten Fritz Kater und seine Kombattant*innen direkt an den Vorkriegs-Lokalismus der FVdG anknüpfen.

Vorstudie oder Monografie?

Döhring postuliert, dass sein Buch „gründlich und quellenorientiert“ den Beitrag der lokal organisierten Gewerkschafter*innen „speziell für die Zeit von 1914 bis 1918 heraus[arbeitet].“ Nicht einsichtig ist deshalb, warum bestimmtes Textmaterial keine Berücksichtigung findet. Der inhaltlich nicht sonderlich ergiebige Text von Jürgen Mümken „Vom Lokalismus zum revolutionären Syndikalismus. Die ‚Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften‘“ bleibt ebenso unerwähnt wie die im Gegensatz dazu wegweisende FAUD-Monografie von Hartmut Rübner unter dem Titel „Freiheit und Brot: Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus“ (1994).
Um die These, dass die lokal organisierten Verbände die ersten authentischen Antikriegspositionen innerhalb der buntscheckigen Arbeiterbewegung demonstrativ artikulierten, besser abzustützen, hätte ein Blick auf die zeitgenössischen Richtungen der radikalen Linken erfolgen müssen. Die radikale Linke gruppierte sich insbesondere um die Zeitungen Lichtstrahlen aus Berlin (Julian Borchardt), Bremer Bürger-Zeitung bzw. Arbeiterpolitik aus Bremen (Johann Knief, Karl Radek, Paul Frölich) sowie den Kampf aus Hamburg (Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim). Als ein (loses) organisatorisches Geflecht bildeten sich aus dem Umfeld der linksradikalen Presse die Internationalen Sozialisten Deutschlands (ISD). Antimilitaristische Auffassungen und eine gegen die Burgfriedenspolitik der SPD- Mehrheit gerichtete Agitation fanden in den besagten Gazetten ihre Betonung. In diesen Gruppierungen des Linksradikalismus entstanden die Vorformen des Arbeiter-Unionismus, der in einer seiner Unterströmungen das Modell einer politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation ausprägte.
Eine Heranziehung des inhaltlichen Materials des bereits abschließend vorbereiteten zehnten Kongresses der Zweiten Internationale, der für Ende August 1914 in Wien vorgesehen war, wäre aufschlussreich gewesen, um die kriegsverhindernden Bemühungen von Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen zumindest registriert zu haben. Unberücksichtigt bleibt folgerichtig auch das Konferenzgeschehen der kriegskritischen bzw. -ablehnenden deutschen sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte in den schweizerischen Dörfern Zimmerwald (5. bis 8. September 1915) und Kienthal (24. bis 30. April 1916). Der radikale Flügel formierte sich zur sog. Zimmerwalder Linken, die einen konsequent revolutionär-antimilitaristischem Kurs verfocht.
Im Ergebnis handelt es sich bei der vorgelegten Arbeit von Döhring mehr um eine Vorstudie als um eine in sich geschlossene und umfassend quellenbasierte Monografie zur FVdG während des Ersten Weltkriegs. Das schmälert nicht den Gehalt dessen, was zusammengetragen wurde, zeigt aber auf, dass eine monografische Abhandlung noch vorzulegen ist, die zum einen die Wechselwirkungen zwischen den mehrheitssozialdemokratischen, unabhängig-sozialdemokratischen und präarbeiterunionistischen mit den lokalistisch-syndikalistischen Strömungen innerhalb des Proletariats im Wilhelminismus detailliert nachzeichnet. Zum anderen sollte die umfängliche neue Forschungsliteratur zum Ersten Weltkrieg in die Thematik einfließen, um den aktuellen Untersuchungsstand benennen zu können. Es ist zwar sympathisch, aber unzureichend, sich fast ausschließlich auf Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“ (1964) zu beziehen.
Döhring, der als syndikalistischer Bewegungsautor nach Eigenaussage ohne jegliche finanzielle Ausstattung partei- oder gewerkschaftsnaher Stiftungen auskommen muss, hat mit seinen veröffentlichten (Teil-)Ergebnissen erkennbar einige wichtige Wegmarken hinterlassen, an denen sich künftige thematische Buchausgaben orientieren können, um dem Wirkungskreis des Syndikalismus zwischen 1914 und 1918 fortgesetzt nachzuspüren.

Mehr Infos

Helge Döhring:

Syndikalismus in Deutschland 1914-1918. „Im Herzen der Bestie“. Anarchistinnen & Syndikalistinnen und der Erste Weltkrieg, Band 2, Verlag Edition AV, Lieh (2013), € 17,00

Wir wollen gehen und wir werden gehen

Über Grenzerfahrungen und Grenzpolitiken in Marokko im Zeitraum von September 2013 bis April 2014

★ *Von: network welcome 2 europe*

Boukhalef ist ein Außenbezirk von Tanger, in dem die Häusersiedlungen im Bau stehen. Ferienwohnungen für Spanier*innen sollten dort entstehen. Die Fertigstellung ist aufgrund fehlender Gelder bis auf Weiteres eingestellt. Hier leben sowohl Migrant*innen, viele aus dem Senegal und aus Kamerun, als auch Marokkaner*innen. Sie organisieren sich gemeinsam zum Leben und zum Schutz vor Repression. Tag und Nacht sitzt einer der alten marokkanischen Großväter an der Straßenecke, um Angriffen vorzubeugen oder gegebenenfalls zu alarmieren. Der Respekt gegenüber dem Alter der Wachtmeister genügt oft schon um potentiell Angreifende abzuhalten.

Noch vor einigen Monaten gehörten hier polizeiliche Razzien und Angriffe zum Alltag. Die Polizei stürmte regelmäßig die Wohnungen der migrantischen Communities, trat die Türen ein, riss die Personen nachts aus dem Schlaf, vertrieb die Menschen brutal und räumte unter Schlägen die Wohnungen.

*„Die Art und Weise wie die Polizei Migrant*innen sieht ist sehr schwierig. Sie sehen Afrikaner*innen wie Sklav*innen, bis jetzt ist das die Idee, die die meisten von ihnen haben. Die Leute hier müssen verstehen, dass wir nur Reisende sind, aber das ist für die lokalen Leute schwer zu verstehen.“, beschreibt Don King. Und „Wenn du die Grenze überqueren willst, ist es von Tanger aus, von dort kannst du am einfachsten rüberkommen. Wir suchen alle ein besseres Leben, wir wollen gehen und wir werden gehen.“*

Der Wille, die Wut und die solidarische Organisation führen zur täglich erfolgreicheren Überwindung der hoch militarisierten Grenze von Marokko und Spanien.
Am 17. September 2013 führt die Kooperation der Geflüchteten und Migrant*innen in Marokko zu verstärktem medialem Aufsehen: 300 Personen klettern über den Zaun von Melilla, von denen es über 100 in das Stadtzentrum schaffen. Am gleichen Tag versuchen in Ceuta 350 Migrant*innen Europa zu erreichen, 92 von ihnen erfolgreich, indem sie den Zaun über das Meer umschwimmen. Außerdem kommen 6 Boote mit insgesamt 161 Personen über das Meer nach Spanien an.
12 Menschen sind bei der Flucht ertrunken, hunderte schwerverletzt –durch Schläge der Autoritäten und von den Zäunen.

Trotz heftiger Kritik hat sich der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz nicht davon abbringen lassen, den mit scharfen Klingen versehenen “Natodraht” im November 2013 erneut auf die Zäune installieren zu lassen, obwohl dieser erst 2007 aus “humanitären Gründen” abmontiert wurde. Der EU-Zaun um die spanische Enklave Ceuta soll zusätzlich weiter ins Meer verlängert werden. Für 2014 sind für die Verlängerung Kosten in Höhe von 250.000 Euro veranschlagt. Das europäische Parlament verabschiedet im Dezember 2013 das Grenzüberwachungssystem Eurosur, wofür die EU bereits 250 Millionen Euro bereitgestellt hat. Durch Satelliten aus dem Weltall und Drohnen soll Eurosur die Zahl der Einreisen in die EU reduzieren.
Ganz im Gegensatz zur Logik der gesamten europäischen Politik, verringert die Militarisierung der Grenzen nicht die Zahl der ankommenden Geflüchteten, sondern erhöht allein die Zahl der Toten und Verletzten. Über 20 000 Tote hat die EU bereits auf Ihrem Gewissen. Personen werden mit dieser Politik fundamentale Menschenrechte, wie das Recht auf Bewegungsfreiheit oder das Recht auf Asyl abgesprochen. Im Bericht von APDHA(Asociación Pro Derechos Humanos) wird deutlich, dass die Zahlen trotz der teuren Militarisierung der Grenze nicht sinken sondern steigen. Im Jahr 2012 erreichten 6.992 Personen Spanischen Boden und 2013 sind 7550 über die Grenze von Marokko nach Spanien gekommen.

Auf dem Weg nach Europa verbringen viele Asylsuchende oft Jahre in Marokko, im Wald bei Ceuta, auf dem Berg Gurugú bei Melilla, in Tanger und an den Orten, an die sie immer wieder von Polizei und Militär abgeschoben werden.
Die europäisch organisierte Abwehr von Migrant*innen hält Migration nicht auf. Täglich erklimmen Menschen die Zäune, steigen in Boote, verstecken sich in Lastwägen, die auf eine der Fähren gehen oder rasen in Landrovern mit Vollgas an Grenzbeamten vorbei.
Haben die Personen die gefährlichen Überfahrten überlebt und betreten europäischen Boden,
wird ein Großteil der angekommenen Geflüchteten von der Guardia Civil (Polizeieinheit, die u.a. an der Grenze agiert), Frontex, marokkanischem Militär, Küstenwache oder Polizei einfach wieder zurück nach Marokko befördert. Diese Praxis ist illegal. Spanische Behörden haben die Pflicht die Schutzgesuche der Ankommenden zu prüfen.
Die spanische Schiffsüberwachung hat 2013 in der Meerenge von Gibraltar 6.135 Boat-people gezählt, unter ihnen 4.631 Flüchtlinge in Seenot. Über die Hälfte von ihnen wurden mithilfe der marokkanischen Küstenwache nach Marokko zurückgebracht.
Der Repressionsapparat von ganz Europa ist in Spanien am stärksten ausgebaut. Schutzsuchende können gegen illegale Haft in Abschiebegefängnissen(CIES), Pushbacks und illegalen Abschiebungen gar nicht vorgehen. Die Zivilbevölkerung und Menschenrechtsorganisationen werden isoliert, so dass auch solidarische Unterstützer*innen die Rechte von Migrant*innen kaum verteidigen.
In Marokko sind die von Europa ausgehenden Menschenrechtsverletzungen sichtbarer, denn die extra dafür bezahlten Türsteher Europas machen die Drecksarbeit für ihre Nachbarinnen, die sich im Gegenzug weiter mit einer auf den Menschenrechten begründeten Verfassung präsentieren.
Noir, ein Mann aus Kamerun, beschreibt seine Erfahrungen in ei-

nem Gruppeninterview, kurz nachdem er am 6. Februar zum vielfach wiederholten Mal eine massive und gewaltsame Push-Back-Praxis miterlebte.

*„Ich bin jetzt schon 4 Jahre in Marokko. 2010 bin ich angekommen. Das machen vier Jahre. Ich habe mein Land am 10 Januar 2010 verlassen. Ich habe schon so oft die Zäune attackiert…..ich kann es nicht mal mehr zählen. Ich habe es in Melilla versucht, in Ceuta und wieder in Melilla, mehr als 10 Male. Und wenn ich reingekommen bin, hat mich die Guardia Civil gestoppt und zurück zu den Marokkaner*innen geschoben.“*

Diese illegale Praxis ist gängig. Fast alle Migrant*innen, die über Marokko nach Europa reisen, erzählen von drei bis 10 Push-Backs, die sie erlebten.

Der Kampf der Geflüchteten geht weiter. Der Kampf ums Überleben in Marokko ist auch einen Ort zu finden, an dem die Wunden der Nato-Drahtklingen, die Schläge der Polizei, gebrochene Beine und Arme genesen können, an dem sich auf einen neuen Versuch die Grenze zu überqueren vorbereitet werden kann.

Den 4. Dezember 2013 wird wohl in dem Stadtteil Boukhalef niemand vergessen. Eine der regelmäßigen Polizeirazzien ist verantwortlich für den gewaltsamen Tod von Cédric, einem jungen Mann aus Kamerun. Nachdem er von Polizisten durch ein Treppenhaus gejagt wurde, fiel er vom Dach eines fünfstöckigen Gebäudes. Innerhalb einer halben Stunde kamen Freund*innen und Bekannte zusammen. Über 500 Migrant*innen trugen den zertrümmerten Leichnam, ihren toten Kameraden in einer wütenden, anklagenden Demonstration durch die Stadt. Es gelang ihnen in einem Chaos zwischen Polizei und rassistischen marokkanischen Bewohner*innen die Bilder ihrer blutigen Lebensrealität mit der lautstarken Forderung diese Todesfälle endlich zu stoppen, in ganz Marokko durch die Medien zu tragen. Seitdem haben die Polizeirazzien in den migrantischen Vierteln erheblich nachgelassen. Bis heute traut sich die Polizei in Uniform nicht nach Boukhalef.

Die Wut und die Geschlossenheit hält an. Seit Januar sind die gemeinsamen Versuche die EU-Zäune zu überwinden erfolgreicher und entschlossener als je zuvor.

Bereits jetzt ist die Zahl der Personen, die es nach Europa schaffen doppelt so hoch, wie im Vorjahr, und das trotz Frontex und Eurosur.

In einer stark mobilisierten Aktion am 6. Februar haben es 400 Migrant*innen erneut geschafft in Ceuta den EU-Zaun im Meer zu umschwimmen. Sie wurden sowohl von marokkanischer Polizei, als auch von der Guardia Civil brutal attackiert. Die Guardia Civil schoss von einem Boot aus, bereits als die Personen noch in marokkanischem Gewässer waren, mit Tränengas und Gummigeschossen auf die Schwimmenden und deren Schwimmbretter. Die Guardia Civil fuhr mit ihrem Boot über die Menschen im Wasser und schlug sie mit Schlagstöcken. Offiziell starben 17 Personen.

Ibraim, Noir und Amarou, Zeugen, die diese Attacke überlebten berichten von mehr als 25 Toten. Es gibt immer noch viele Vermisste. 200 Migrant*innen erreichten an diesem Tag lebend den Strand von Ceuta, sie wurden sofort festgenommen und illegalerweise durch ein kleines Tor im Zaun zurückgeschoben. Sie wurden weder registriert noch wurde ein Schutzgesuch geprüft.

In Fernsehen und Zeitungen erklärte der spanische Innenminister, die Polizei hätte keinerlei Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt. Doch zum 6. Februar erreichten etliche Beweismaterialien die Öffentlichkeit: Videos, die die ausführlichen Zeugenaussagen von Überlebenden bestätigen, Interviews und Berichte, die die Lügen des Innenministers aufdecken.

Es gibt Kundgebungen in mindestens 11 spanischen Städten, in Tanger, Berlin und Amsterdam.

Der öffentliche Druck hat Konsequenzen: Die Guardia Civil soll keine Gummigeschosse mehr auf Migrant*innen abfeuern dürfen, die Grenzpraxis unterliegt derzeit einer etwas stärkeren menschenrechtlichen Aufsicht.

Am 18. März erreichen über 1000 Migrant*innen in einer solidarischen Aktion den Zaun von Melilla. 500 Personen schaffen es in Melillas Stadtzentrum. Immer häufiger kommen in Marokko 1000 bis 1500 Geflüchtete zusammen um gemeinsam ihr Ziel zu erreichen, in die Freiheit zu gehen, um ein besseres Leben zu führen. Oft werden sie brutalst vom Militär zurückgestoßen, immer häufiger erreichen sie Europa.

Prinzipiell beauftragen spanische Autoritäten die marokkanischen Militär und Polizeieinheiten Migrant*innen von der Grenze fernzuhalten. Es gibt die sogenannten force auxiliar, die dabei am brutalsten vorgehen und auch paramilitärische Einheiten. Am 28. März haben marokkanische Militäreinheiten sogar auf spanischem Gebiet die Jagd auf Migrant*innen fortgesetzt um die Guardia Civil in ihrer illegalen Grenzpraxis zu unterstützen.

Die solidarische Organisation der Migrant*innen in Marokko nimmt stetig weiter zu. Am 3. April bleiben bei einer Zaunaktion 25 Personen bis zu 10 Stunden oben auf dem Zaun von Melilla sitzen, während parallel dazu, direkt am Zaun Protestkundgebungen stattfinden, in

die organisierten syndikalistischen Kräfte in den Betrieben das „Prädikat“ zu reklamieren ist, als erste eine revolutionär-antimilitaristische Praxis an den Tag gelegt zu haben (vgl. 22).

Bezugnehmend auf die Erstausgabe des FVdG-Mitteilungsblatts vom 3. August 1914 fasst der Autor die Aufgabenstellungen der lokalorganisierten Gewerkschafter*innen unter den Bedingungen des Krieges zusammen: „1. Die Mitglieder in der Organisation zu halten. 2. Die Versammlungen fortzuführen, beispielsweise durch Lese- und Vortragsabende. 3. Den organisatorischen Bestand der Ortsvereine abzusichern durch die Ernennung von Ersatzvorständen für plötzlich zum Krieg berufene Mitglieder. Empfohlen wurde die Wahl von nichtmilitärpflichtigen Genossen. 4. gegenseitige Unterstützung der Ortsvereine an einem Ort von Mitgliedern und deren Familien zu gewährleisten. 5. Bevollmächtigte für alle Ortsvereine am Ort zu ernennen, die den Kontakt zur Geschäftskommission halten, sowie das Mitteilungsblatt an die Vorstände verteilen.“ (63)

Mit der Durchführung wissenschaftlicher Vortragsabende galt es, das ideologische Fundament des Lokalismus zu festigen, um der aufgeheizten (sozial-)chauvinistischen Atmosphäre in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu trotzen. Die Erledigung innerorganisatorischer und gewerkschaftlicher Tagesaufgaben sollte ferner ein Mindestbestand an Struktur und ein Mindestmaß an Tätigkeit aufrechterhalten.

Die bellizistische Fraktion innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ging de facto mit der Staatsführung einen Kontrakt ein, nach dem die Einstellung von Arbeitskämpfen mit einer Eingrenzung des Ausbeutungsgrades in den kriegsrelevanten Industrien honoriert wurde. Die von dieser Fraktion befürworteten staatsdirigistischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die den Betriebsfrieden zu wahren hatten, wurden unter dem irreführenden Begriff „Kriegssozialismus“ bekannt. (vgl. 53) Im Zuge des Rüstungs- und Wirtschaftsprogramms der Obersten Heeresleitung (OHL), dem sog. Hindenburg-Programm, gelangte Anfang Dezember 1916 das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ (HDG) zur Verabschiedung, das eine verbindliche Arbeitspflicht für alle Männer im Alter von 17 bis 60 Jahren gesetzlich verankerte, um die Kriegsproduktion auf hohem Niveau zu halten. Diese Kumpanei zwischen SPD und OHL brachte es mit sich, dass früh-syndikalistische Positionen und Strukturen innerhalb und außerhalb der Betriebe wirksam marginalisiert werden konnten.

Um den Auflösungs- und Zerfallsprozess der FVdG aufzuhalten, erging im vom Autor dokumentierten Text „Zwei Jahre Weltkrieg“ aus dem Rundschreiben (Nr. 28, 1. August 1916) ein eindringlich formulierter Appell an die Anhängerschaft des Lokalismus: „ […] Haltet fest zur Organisation! Pflegt dieselbe nach besten Können und Vermögen, damit später nicht auch noch neben allem anderen der Verlust der Organisation und ihre Kraft zu beklagen ist.“ (132)

In diesem Kontext führt Döhring die Gründung einer syndikalistischen Vereinigung in Berlin, die Anfang 1917 in der Hauptphase des Krieges gebildet wurde, als konträre Mikrostruktur an. Die Existenz des Allgemeinen Arbeitervereins Berlin verweist darauf, dass die Syndikalist*innen obgleich des kriegsbedingten Aderlasses über die Bildung neuer Vereinigungen ein gewisses Organisationsleben bewahren konnten. Der Zweck dieses Berliner proletarischen Bundes wird in der im FVdG-Rundschreiben (Nr. 43 vom 15. März 1917) veröffentlichten Satzung offeriert: „Der Allgemeine Arbeiterverein […] hat die Aufgabe, seine Mitglieder in die Grundsätze der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften einzuführen, sie in die Ideen des internationalen Sozialismus zu vertiefen und dadurch das proletarische Klasseninteresse und die solidarische Gemeinsamkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt in ihnen zu wecken und zu festigen.“ (126)

In den internationalen anarchistischen und syndikalistischen Zusammenhängen wurde das Pro und Contra einer (offensiven) Unterstützung der Kriegsparteien kontrovers diskutiert. Das traditionelle libertäre Votum, jeglichen Beistand gegenüber kriegsbeteiligten Staaten einer innerimperialistischen Auseinandersetzung abzulehnen, wurde umso energischer einem Belastungstest unterzogen, als im Februar 1916 ein erlesener Kreis von Libertären verschiedener Couleur das „Manifest der 16“ unter geistiger Federführung von Peter Kropotkin (1842-1921) lancierte. Die Unterzeichnenden sprachen sich, unter ihnen Jean Grave (1854-1939) und Christiaan Cornelissen (1864-1942), explizit für einen militärischen Triumph der Triple Entente (Vereinigten Königreich, Frankreich und Russland) gegenüber dem Block der Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn) aus. Die Kritiker*innen sahen in dem verbreiteten Manifest einen Dammbruch der antimilitaristischen Maxime, die nun gründlich aufgeweicht schienen. „Dennoch verblieb die überwältigende Mehrheit der Anarcho- Syndikalisten international auf dem grundsätzlichen Standpunkt unbedingter Unparteilichkeit“, wie Döhring betont, „darunter auch die FVdG […].“ (66)

Die Frage, warum sich der Löwenanteil der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft vom Kriegstaumel einfangen ließ, problematisierte Fritz Oerter in der Auftaktnummer von „Der Syndikalist“ (Nr. l, 14. Dezember 1918). In dem im Buchanhang dokumentierten Artikel „Die deutschen Arbeiter im Weltkrieg“ konstatierte er: „Ratlos und ziellos irrten die Arbeiter in jenen ersten Tagen auf den Straßen umher, bereit zu allem, für oder gegen den Krieg. Sie warteten darauf, wozu sie von ihren Führern aufgefordert würden.“ (138) Das blitzartige Verwerfen

kämpfen zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen, propagierte die Idee des Generalstreiks, den Anti-Militarismus, Anti-Staatlichkeit, Kirchenaustritte und einen libertären Sozialismus.“ (32) Die FVdG musste von den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden als Konkurrenz am linken Rand definiert werden, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt explizit libertäre Inhalte eher schwach vertreten waren. Die SPD-Führung orientierte anfangs auf eine Wiedereingliederung der lokal organisierten Verbände in eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die mit dem klassenversöhnlerischen Credo des Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften, Carl Legien (1861-1920), in Einklang stehen sollte.

Der Verlauf der sog. Massenstreikdebatte, die sich infolge der eruptiven Ereignisse im zaristischen Russland von 1905-1907 innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entfaltete, führte den lokalistischen Gewerkschafter*innen vor Augen, dass eine Fusion mit den gewerkschaftlichen Zentralverbänden unweigerlich mit einer Aufgabe der klassenkämpferischen Positionierung, der Favorisierung direkter Aktionen und der föderalistischen Organisationsform einher gehen würde.

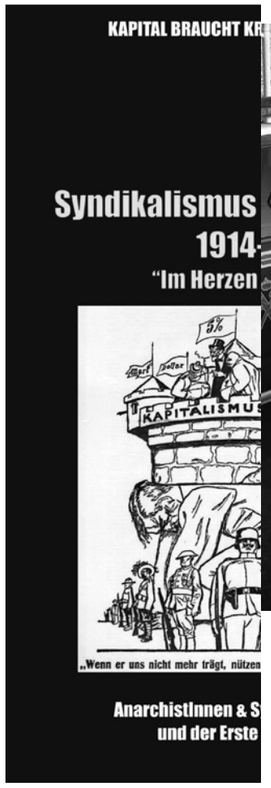
Die SPD-Führung baute seit dem Parteitag von 1905 in Jena gegenüber den lokal organisierten Parteimitgliedern zunehmend Druck auf, sich von der FVdG und ihren „anarchosozialistischen“ Bestrebungen mit einem Übertritt in die zentralisierten Gewerkschaften zu distanzieren. Eine entsprechende Parteitagsresolution, die 1907 verabschiedet und umgesetzt wurde, lehnte die FVdG-Geschäftskommission mehrheitlich ab. Diese Kontroverse sollte sich weiter zuspitzen, bis auf dem SPD-Parteitag von 1908 in Nürnberg die Delegierten einen von der Parteispitze geforderten Unvereinbarkeitsbeschluss mit der FVdG absegneten. Die Spaltung innerhalb der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbewegung war nun vollzogen.

Der Mitgliederrückgang entwickelte sich nach dem an die FVdG-Aktivist*innen adressierten SPD-Ultimatum rasant. Verzeichnete die FVdG 1907 noch etwa 17.500 Mitglieder so sank die Zahl der eingeschriebenen Aktiven - von einem Zwischenhoch um 1912/1913 abgesehen - bis zum Beginn der Kriegshandlungen auf 6.000. (vgl. 129) Die polymorphen Bindungen der einzelnen FVdG-Mitglieder an die SPD bzw. das sozialdemokratisch beeinflusste Gewerkschaftsmilieu waren derart eng geknüpft, so dass einer relevanten Mehrheit der FVdG-Organisierten das SPD-Mitgliedsbuch und der Verbleib in den Zentralverbänden wichtiger war als ein aktives Engagement in lokalistischen Strukturen. „Übrig blieb mit der FVdG ein harter Kern sehr überzeugter Aktivisten. Für das Verständnis der Entwicklung des Syndikalismus der Nachkriegszeit ist dies von enormer Bedeutung“, resümiert Döhring. (33)

Der im Mai 1914 in Berlin abgehaltene 11. FVdG-Kongress war der letzte vor dem Auftakt des Weltkriegsgeschehens und „[d]ie Bestandsaufnahme der örtlichen Entwicklung der eigenen Organisation zeigte mehr Defizite auf als ein Vorwärtskommen“, wie der Autor vermerkt. (38) Mit dem Einsetzen der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (Kennan) zeigte sich die FVdG demnach in keiner sonderlich stabilen organisatorischen Verfassung.

Gegen imperialistischen Krieg und sozialdemokratischen Burgfrieden

Die FVdG geriet schnell nach den Kriegserklärungen des wilhelminischen Deutschlands an Russland und Frankreich Anfang August 1914 in das Mühlenwerk der Repression. Döhring weist ausdrücklich darauf hin, dass die FVdG mit keinem generellen Verbot belegt oder gar in ihrer Struktur komplett zerschlagen wurde, (vgl. 60) Allerdings wurden ihre Betätigungsmöglichkeiten z.T. massiv eingeschränkt. Um der Publizität von Stellungnahmen gegen Krieg und Burgfrieden den Vermittlungs- und Verbreitungsraum zu nehmen, wurden entsprechende Organe kurzerhand staatlicherseits aus dem Verkehr gezogen. Am 5. August wurde die Herausgabe des FVdG-Organs „Der Pionier“ und nur drei Tage später der Vertrieb des lokalistischen Flaggschiffs „Die Einigkeit“ von den Behörden untersagt. Damit waren den lokalorganisierten Gewerkschaften die publizistischen Ausdrucksmittel entrissen.



Anhand der detaillierten Auswertung der jeweils verbotenen FVdG-Zirkulare „Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (August 1914 bis Juni 1915) und des Nachfolgeblatts „Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine“ (Juni 1915 bis Mai 1917) kann Döhring eine Art Lagebild lokalistisch-syndikalistischer Strukturen in den Betrieben entwerfen. Hiermit zeigt er auf, „dass die Syndikalisten eine Rolle innerhalb der widerständigen Arbeiter- und Streikbewegung einnahmen, wobei ihnen die langjährige Organisationserfahrung zugute kam, die den unorganisierten und als ‚Massenarbeiter‘ bezeichneten Kollegen weitgehend abging.“ (24) Zeitgleich zur betrieblichen Aktivität von Syndikalist*innen bildeten sich seit den ersten Kriegsmonaten „auch Keime der späteren ‚Revolutionären Obleute‘“, wie der Autor feststellt. (20) Die Revolutionären Obleute um Richard Müller (1880-1943) operierten als informelles oppositionelles Netzwerk des freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiter-Verbands (DMV) und als innersozialdemokratische Interventen gegen die dominante Pro-Kriegsstimmung. Allerdings darf nach bisherigem Forschungsstand Döhring zufolge festgehalten werden, dass für

denen der sofortigen Stopp des unsinnigen Sterbens und Entrechtens an der Grenze gefordert wird.

In ganz Marokko werden Stimmen laut.

Amarou, der seit Anfang des Jahres durch ein neues Gesetz in Marokko Papiere und eine Arbeitserlaubnis bekommen hat, meint: “Wir wollen eine politische Karawane zum Zaun machen. Ich rede mit allen Leuten darüber, das ist der Anfang.“

Auch Noir und seine Freunde überlegen, was sie und was solidarische Gruppen in Marokko und Europa unternehmen können.

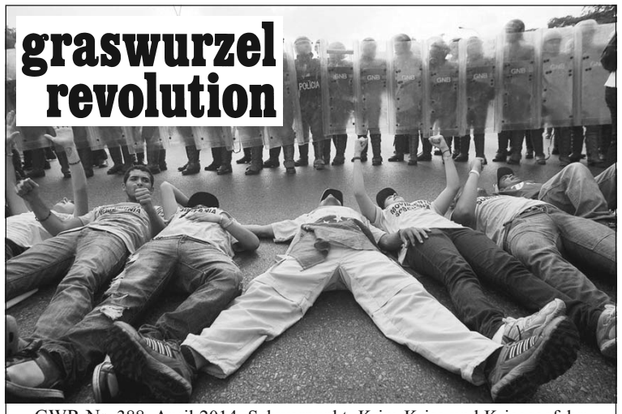
*“...Alles was ich fordern kann von Leuten, die Migrant*innen unterstützen wollen ist.....dass ihr mit versteckten Kameras arbeitet, um alle diese Szenen zu filmen, wenn Migrant*innen kommen um ihre Chance zu wagen. So könnt ihr die Wahrheit kennenlernen, denn die marokkanische*

*und spanische Polizei kann nicht die Wahrheit sagen. Und wir, die klandestinen Migrant*innen allein uns, unser Wort, da glauben sie nichts. Das weiß ich. Es braucht viele Beweise. Und unsere Beweise, die wir hatten über die Schüsse der Guardia sind gelöscht. Die Aufnahmen, die wir gemacht haben, kann man nicht zeigen, weil sie gelöscht wurden. Der Rest der Welt soll die Realität, die wir leben, sehen. Und der Rest der Welt soll sehen, dass wir Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind.“*

Die Vernetzung hat begonnen um die blutigen Geschehnisse an der spanisch-marokkanischen Grenze zu dokumentieren. Es gibt Organisationen in Marokko, wie die AMDH (auf deutsch: Marokkanische Vereinigung der Menschenrechte) oder CMSM (dt: Rat der subsaharischen Migrant*innen in Marokko), die sich mit der Plattform „Protection-Migrants“ zusammengeschlossen haben um öffentlichen Druck auf die marokkanische Politik auszuüben. Am 15. April veranstalten sie eine Pressekonferenz in Rabat, auf der sie fordern die Gewalt an den Grenzen zu beenden. Die Gruppe No Borders Morocco, bestehend aus europäischen Aktivist*innen, versucht weitere Vernetzung an der europäischen Außengrenze in Marokko aufzubauen und über die Situation zu berichten. Auf der Plattform watch the med (watchthemed.net) können Migrant*innen Rechtsverletzungen auf See dokumentieren und das aus migrantischen und europäischen Aktivist*innen bestehende netzwerk welcome to europe stellt auf der gemeinsamen webseite www.w2eu.info hilfreiche Informationen für Migrant*innen auf ihrem Weg nach und durch Europa zusammen.Vor wenigen Tagen wurde in Tanger der Blog Sexion Doundou aufgemacht. Unter http://sexiondoundou.wordpress.com/ publizieren Migrant*innen in Marokko ihre Geschichten auf englisch, französisch und spanisch. Doundou heißt Leben auf Wolof, das im Senegal und in Gambia gesprochen wird.

Don King, einer derjenigen, die auf dem Blog veröffentlichen:

„Als Mensch musst Du frei sein und du selbst. Wir sollten frei sein zu reisen weil, wenn du reist, siehst du viele Sachen, die du zuvor nie gesehen hast. Aber mit diesem Grenzsystem ist das nicht einfach für uns. Was ich von dieser Grenzüberwachung gesehen habe ist nicht korrekt. Das ist nicht normal. Die Grenzen sollten offen sein. Es gibt viel zu viel Korruption... Sie geben dir einen Pass und sie sagen dir:“Das ist deine Nationalität, damit musst du reisen.“ Das sind alles politische Strategien. Die Leute aus Europa haben die Möglichkeit nach Afrika zu kommen und wir auch, vorausgesetzt, dass wir die gleichen Möglichkeiten haben .... Wir sind alle gleich. Es macht keinen Unterschied ob du schwarz oder weiß bist. Es sind die Politiker*innen die uns spalten, sie spalten die Welt. Vielleicht öffnen sich die Grenzen irgendwann, aber das wird nicht heute passieren. Die Welt muss sich zuerst noch weiterentwickeln. Aber wir haben Hoffnung, dass die neuen Generationen, jene sein werden, die die Welt mischen und die Grenzen öffnen werden. Das ist was ich über die Dinge denke. Keine Grenzen. Mehr und mehr Menschen fangen an sich über das Grenzsystem zu beschweren. Das war vorher nicht so. Und jetzt kämpfen Leute gegen die Probleme an den Grenzen. Und sie machen weiter und werden mehr.“



GWR Nr. 388, April 2014: Schwerpunkt: Krim-Krise und Kriegsgefahr; Antimilitarismus; Antifa; Anti-Atom; Bewegungsberichte aus Russland, Ukraine, Frankreich, Argentinien, Venezuela, Israel, Türkei & Deutschland,...
Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben). Infos:
www.graswurzel.net/service/ ; Tel.: 0761/21609407 ; abo@graswurzel.net

PINNWAND

Nachrichten in aller Kürze

Niederrhein: Ende August fand eine kleine Radtour von Duisburg über Walsum, Dinslaken, Lohberg, Hünxe, und Krudenburg nach Wesel statt. Es wurden nicht nur einige Kilometer abgeradelt, sondern immer wieder kleinere und größere Pausen eingelegt. In diesen wurden kurze Vorträge zur Märzrevolution von 1920 gehalten und so manche Anekdote aus der radikalen Arbeiterbewegung erzählt.

Essen (Ausblick)
Im August 2014 wird zum dritten Male die Libertäre Medienmesse stattfinden. Ab sofort können sich anarchistische Verlage, Radio-, TV-, Web- und sonstigen MedienbetreiberXinnen auf der Homepage der Messe anmelden. Außerdem stehen verschiedene "Propagandamaterialien" ab sofort auf der Homepage zur freien Benutzung bereit. Und diese Messe wartet auch mit einem eigenen Twitter-Account auf.
Homepage: limesse.de
Twitter: twitter.com/LibertreMedienM

Frankfurt a.M. (Ausblick)
Hatten 2010 der Chef des DGM, M. Sommer, und der damalige Chef der deutschen Industrie, Hundt, gemeinsam öffentlich für eine Initiative zur Einschränkung des Streikrechts geworben, arbeiten die Koalitionäre der CDU und SPD gerade ganz konkret an tiefen Einschnitten in eben dieses Recht. Sie nennen es "Gesetzesinitative zur Erhaltung der Tarifeinheit" - Wir nennen es die geplante faktische Abschaffung des Streikrechts. Darum hat sich ein breites Bündnis von FAU-IAA, IWW-GLAM-ROC, GewerkschafterXinnen in den DGB Einzelgewerkschaften und sogenannten Spartengewerkschaften gebildet. Diese Bündnis "Hände weg vom Streikrecht" ruft zu einer Konferenz im Juni in Frankfurt auf.
Mehr Infos: www.fau.org/finger_weg_vom_streikrecht

Der frühe Syndikalismus als Antikriegsopposition

Über die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) im Ersten Weltkrieg informiert eine Neuerscheinung

★ *Von: Oliver Rast*

Darstellungen von politischen Strömungen im kaiserlichen Wilhelminismus, die sich in der Zeit des sich zum hundertsten Mal jährenden ersten weltumspannenden Krieges fundamental oppositionell zeigten, fallen selbst im Jubiläumsjahr spärlich aus. Trotz der Dutzenden Neuerscheinungen der vergangenen Monate zu den Hintergründen und zum Verlauf des Ersten Weltkrieges bleibt eine Spurensuche nach diesen Tendenzen, die nicht in den chauvinistischen Chor des „Augusterlebnisses“ von 1914 einstimmten, weitgehend aus.

Helge Döhring setzt mit seinem jüngst erschienenen Buch „Syndikalismus in Deutschland 1914-1918. ‚Im Herzen der Bestie‘“, welches den zweiten Band einer Reihe unter dem Titel „AnarchistInnen & SyndikalistInnen und der Erste Weltkrieg“ aus dem Verlag Edition AV bildet, einen publizistischen Kontrapunkt. Nach eigenem Bekunden will er mit dieser Veröffentlichung eine erste Monografie zum Thema vorlegen. Diesen durchaus ambitionierten, selbst formulierten Anspruch kann diese Publikation indes nur zum Teil einlösen. Der thematische Fokus, die Antikriegsposition der lokalistisch-syndikalistischen Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG), erstreckt sich in dem gut 230 Seiten umfassenden Band auf lediglich vierzig Seiten. Zuvor wird die Entstehungsgeschichte des Lokalismus bis 1914 bzw. der Bewegungszustand des sich herausbildenden Syndikalismus kurz vor Kriegsbeginn in knappen Zügen geschildert. Einen relational recht breiten Raum nehmen die Ausführungen zu den SPD-nahen Zentralgewerkschaften, der Generälkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und die SPD mit ihrer meinungsbildenden Presse innerhalb der Arbeiterbewegung ein. Im Anhang dokumentiert Döhring im Schwerpunkt themenspezifische Originaltöne von Lokalist*innen und Syndikalist*innen (u.a. von Fritz Kater oder Fritz Oerter).

Döhrings zentrale These lautet, „dass die lokalorganisierten Gewerkschafter der Arbeiterbewegung aus ihrem Selbstverständnis und aus ihrer Praxis heraus die erste und zunächst einzige proletarische Bewegung, fest organisierter Kriegsgegner auf Reichsebene stellten, die als Teil der Arbeiterbewegung seit Kriegsbeginn entsprechend vom Herrschaftsapparat bekämpft wurden.“ (19-20) Dabei besteht die eigentliche Pionierleistung des Autors darin, die während des Weltkrieges zirkulierenden FVdG-Informationsblätter ausgewertet zu haben, um die betriebliche lokale, und regionale Ausbreitung der FVdG darlegen zu können. Dies bezeichnet Döhring als den „quellenorientierte[n] Kernbereich des Buches.“ (11)

Die Anfänge des früh-syndikalistischen Lokalismus

Die Organisationsgeschichte des Lokalismus, den man als Segment der antiautoritären Arbeiterbewegung eingruppieren kann, ist vor allem durch die 1985 veröffentlichte Studie „Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte von 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung“ von Dirk H. Müller erörtert worden. Die FVdG wurde 1897 in Halle unter dem Namen Vertrauensmänner-Zentralisation Deutschlands als Dachverband der lokalistischen Strömung der proletarischen Bewegung gegründet. Im Zuge des 5. Kongresses von 1903 erfolgte die Namensänderung in FVdG. Offenbar ist das Jahr der Umbenennung strittig. Während in Döhrings zu rezensierendem Band aufgrund eines Druckfehlers keine exakte Jahresangabe benannt ist (vgl. 30), gibt er in seinem Buch „Abwehrstreik…Proteststreik…Massenstreik? Generalstreik! Streiktheorien und -diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor 1914“ (2009) das Jahr 1901 an. (vgl. 21)

Zentrale Figuren des Lokalismus waren Fritz Kater (1861-1945), Raphael Friedeberg (1863-1940) und Arnold Roller (d.i. Siegfried Nacht) (1878-1956), die die Politik der FVdG u.a. aufgrund ihrer Veröffentlichungen programmatisch wesentlich prägten. „Die FVdG befasste sich […]“, so Döhring die FVdG-Aktivitäten skizzierend, „mit den anstehenden gewerkschaftlichen Tages-

an Fleming 1982 angedeutet hat, ein tieferer Sinn. Scheinbar in Unkenntnis von Days Werk wurde die Legende 2009 von Santo Catanuto wiederbelebt (Catanuto 23- 31). Chesenaux beschreibt den Roman als eben jenen, in dem sich – von allen Werken Vernes – die deutlichsten Hinweise auf anarchistische Ideen finden lassen (98- 100), was mit Ausnahme von Die Schiffbrüchigen der Jonathan, auch durchaus seine Berechtigung hat. Dennoch erfordert es, wie Day geschrieben hat, „viel Vorstellungsvermögen, um solche Vermutungen anstellen zu können. (…) Die Revolte des Individuums zu rühmen, bedeutet nicht automatisch, dass diese Revolte anarchistisch ist – eher das Gegenteil." Die anarchistische Ideologie, die Chesenaux in Nemo gesehen hat, bleibt in jeder Hinsicht strittig (Day 1967, 223). Nichtsdestotrotz erkennt auch Day Zwanzigtausend Meilen unter dem Meer als „meisterhaftes Werk" an (Day 1959, 29). Auch Michael Moorcock hat Nemo als eine der „besten Figuren" (Moorcock 1978, 42) Vernes bezeichnet.

Die Schiffbrüchigen der Jonathan kann nur als Science-Fiction bezeichnet werden, wenn man den Begriff in seinem weitesten Sinn fasst – in dem Sinne, in dem jede von Vernes Voyages Extraordinaires (Außergewöhnliche Reisen), in denen mit der Freude der Utopist*innen mit politischen Konzepten in isolierten Verhältnissen experimentiert wird, als Science-Fiction zu begreifen ist. Die Handlung des Romans ist gradlinig: Ein Anarchist, Kaw-djer, hilft den Überlebenden eines Schiffbruchs bereitwillig dabei, eine Kolonie nahe Kap Hoorn aufzubauen, weigert sich aber strikt, sie zu regieren oder in irgendeiner anderen Weise zu kontrollieren. Durch die Unfähigkeit der Überlebenden, sich selbst zu organisieren, sieht er sich letztlich dazu gezwungen, seine Prinzipien zu vernachlässigen und errichtet eine absolute Herrschaft, bis die Ordnung wieder hergestellt wird und er sich auf einer benachbarten Insel zurück zieht, um seinen Individualismus als Leuchtturmwärter ausleben zu können. Obwohl mit offensichtlicher Ironie, beschreibt Verne Anarchist*innen als „schreckliche Sekte" (Arco Bd. 1, 13), „eine heterogene Ansammlung von Kriminellen und Mystiker*innen. Erstere, zerfressen von Neid und Hass, sind allzeit zu Mord und Gewalt bereit; Letztere, wahre Poet*innen, phantasieren von einer Menschheit, aus der das Böse durch die Abschaffung der Gesetze, die zu seiner Bekämpfung konzipiert wurden, für immer verbannt ist" (Bd. 1, 17). Kaw-djer gehört zur zweiten Gruppe. Im Wesentlichen zeigt der Roman das Scheitern von Anarchie als eine Form der sozialen Organisation. Dennoch ist Kaw-djer so liebevoll porträtiert, dass es schwer ist, der Schlussfolgerung, eine Form des romantischen Individualanarchismus sei eigentlich sehr anziehend für den Autor gewesen, zu widerstehen.

Ich benutze hier absichtlich das Wort Autor, denn oft wurde – unter Anarchist*innen durch Hem Day – die These aufgestellt, das Buch sei eigentlich das Werk von Vernes Sohn Michel. Andere anarchistische Kritiker*innen scheinen dagegen keine Ahnung gehabt zu haben, dass die Autorschaft bei diesem Roman in Frage stand. Einer von Vernes Biografen hat die Behauptung aufgestellt, dass Kaw-djer selbst auf Elisée Reclus basiert (Costello, 210), wofür es jedoch keine richtigen Belege gibt. Michael Moorcock hat eingeräumt, dass Verne „Kaw-djer, dem Anarchisten, einige ziemlich vernünftige Ansichten in den Mund gelegt hat". Das Buch wurde 1978 ausführlich in der Zeitschrift Freedom diskutiert. John Drake schrieb dazu:
„Soweit man es aus diesem Buch erkennen kann, galt Vernes philosophische Vorliebe dem Anarchismus, er hatte jedoch Vorbehalte gegen seine politische Umsetzbarkeit. […] Verne hatte das Gefühl, der Anarchismus unterschätze die Grenzen, die die menschliche Natur setzt. […] Er begriff den Anarchismus als eine Philosophie des Individualismus. Es scheint so, als hätte ihm das Bewusstsein von Anarchismus als soziales Phänomen gefehlt. […] Aus anarchistischer Sicht ist es sehr enttäuschend, dass Verne sich der Möglichkeiten des libertären Kommunismus nicht bewusst war und ihn darum nicht als mögliche Lösung für Kaw-djers moralisches Dilemma in Betracht zieht."

Drake argumentiert, dass Verne gar nichts über die syndikalistischen und kommunistischen Varianten des Anarchismus wissen konnte und das darum seine Darstellung von Individualanarchismus ein Ausdruck seiner eigenen Ansichten ist.

1977 wurde Vernes Originalmanuskript von Magellania wiederentdeckt und 1985 veröffentlicht. 1988 erschien er erstmals in englischer Übersetzung. Es hat sich herausgestellt, dass Die Schiffbrüchigen der Jonathan eigentlich Michel Vernes Neufassung der Magellania war – ein Auftragswerk von Hetzel, dem Verlegers seines Vaters. Von dem Original wurden fünf Kapitel gestrichen und zwanzig neue mit einer beträchtlichen Anzahl neuer Figuren von Michel hinzugefügt. Dennoch bleibt Kaw-djer die Hauptperson und auch für Magellania war das Thema des romantischen Anarchisten, der sich dem Pragmatismus beugen muss, zentral. Laut Olivier Dumas, Präsident der Jules-Verne-Gesellschaft, der das Vorwort für die Neuausgabe der Magellania verfasst hat, war das historische Vorbild für die Figur des Kaw-djer überhaupt kein Anarchist, sondern der Erzherzog von Österreich – Johann Salvator von Österreich-Toskana –, der seinen Titel abgelegt, den Namen Johann Orth angenommen hatte, eine Tänzerin heiratete und im Juli 1890 auf See verschollen ging, als er versuchte sein eigenes Schiff um Kap Hoorn zu navigieren.

Mehr Infos

Quelle:
http://benbeck.co.uk/anarchysf/v.htm (Englisch)
Weitere Informationen:
http://en.wikipedia.org/wiki/Jules_Verne
http://www.kirjasto.sci.fi/verne.htm
http://www.thenewatlantis.com/publications/jules-verne-father-of-science-fiction

Der Gamonal-Effekt

★ *Von: Svenceremos*

Burgos ist mit 180.000 Einwohner*innen nicht gerade eine Kleinstadt, jedoch keine Stadt, über die im Zusammenhang mit den seit Jahren anhaltenden sozialen Protesten in Spanien häufig berichtet wird. Im Januar aber war Gamonal, ein Stadtteil von Burgos, urplötzlich in aller Mund. Eine Woche lang sah es so aus, als könnte es das Streichholz werden, an dem sich nach und nach ganz Spanien entzündet. Was war geschehen?

Vergebliche friedliche Proteste gegen einen Straßenumbau
Die Anwohner*innen des Stadtteils Gamonal hatten monatelang ebenso friedlich wie vergebens versucht, ein geplantes Bauprojekt aufzuhalten.

Bürgermeister Javier Lacalle und seine Partei, die rechte Partido Popular, beabsichtigten, die Hauptverkehrsstraße Calle Victoria in einen Boulevard umzuwandeln und die 4 Fahrstreifen auf 2 zu verringern. Im Zuge dieser Umbauarbeiten sollten die kostenlosen Anwohnerparkplätze am Straßenrand durch unterirdische kostenpflichtige Parkbuchten ersetzt werden. 8 Millionen Euro waren für den Spaß veranschlagt. Und das in einer Stadt, in der sogar ein Kindergarten geschlossen werden soll, weil angeblich kein Geld dafür da ist.

Die Menschen in Gamonal ärgerten sich aber nicht nur über Sinnlosigkeit des Projekts, das ihren eigenen Interessen zuwider lief, und die Geldverschwendung, sondern auch über den offensichtlichen Filz und die Verstrickungen zwischen Politik und Wirtschaft. Antonio Miguel Méndez Pozo, ein Freund des Bürgermeisters und Eigentümer einer lokalen Zeitung, die stets nur positiv über das Projekt berichtet hatte, ist gleichzeitig einer der Unternehmer*innen, dem Bauaufträge an dem Boulevard zugeschustert wurden. Deswegen war „Méndez Pozo al calabozo" (ins Verlies mit Méndez Pozo) ein beliebter Demoruf. Aber auch Bürgermeister Lacalle wurde auch mit einem eigenen Ruf bedacht: „Lacalle dimite, el pueblo no te admite" (Tritt zurück, Lacalle, die Bevölkerung duldet dich nicht).

Die heiße Woche
Als am 10. Januar die Arbeiten an dem Boulevard aufgenommen wurden, versammelten sich spontan Anwohner*innen an der Baustelle zu einer asamblea (Versammlung). Durch Mundpropaganda, SMS-Ketten und Aufrufe über soziale Netzwerke nahm die Zahl der Teilnehmer*innen schnell zu. Sie konnten allerdings nicht verhindern, dass die Straße aufgerissen wurde. Als am Abend die Versammlung gewaltsam durch die Polizei aufgelöst wurde, entlud sich der Zorn einiger hundert Menschen. Bauzäune wurden umgeworfen, ein Einsatzfahrzeug der Polizei mit Steinen beworfen und Müllcontainer angezündet. Schnell verbreitete sich über das Internet die Nachricht, dass die Leute in Gamonal die Schnauze voll haben und anfangen, sich Gehör zu verschaffen. Hashtags wie #Gamonalresiste (Gamonal leistet Widerstand), #ardeGamonal (Gamonal brennt oder auch: Brenne, Gamonal) und #efectoGamonal machten die Runde.

Die folgenden Tage wurde in Gamonal praktisch ununterbrochen demonstriert, blockiert, Menschenketten gebildet, die Anfahrt von Baufahrzeugen verhindert, versammelt, geplant, gekämpft. Dutzende Demonstrant*innen wurden von den gepanzerten Repressionsorganen festgenommen. Immer mehr Anti Riot Cops von außerhalb belagerten den umkämpften Stadtteil.

Zahlreiche Städte in ganz Spanien veranstalten Solidaritätsaktionen für Gamonal, bekundeten ihre Unterstützung, machten Mut und bewunderte die Entschlossenheit, mit der gegen das verhasste Bauprojekt und die dahinter steckende Korruption gekämpft wurde. 40 Soli-Demos in ganz Spanien meldete der lokale Nachrichtensender Canal 54 für den 17. Januar. 20 Menschen wurden allein an diesem Tag festgenommen, was eine Kette von neuen Solidaritäts- und Antirepressionsdemos im ganzen Land nach sich zog. In Barcelona wurde im Verlaufe einer Demo eine Polizeiwache angegriffen und mit herumstehenden Stühlen beworfen.

Nach einigen Tagen verkündete Bürgermeister Lacalle einen vorläufigen Baustopp, aber es zeigte sich schnell, dass die Leute aus Gamonal nicht auf diese Finte zur Beruhigung der Lage herein fielen. Die Proteste gingen ungebremst Tag und Nacht weiter.

Genau eine Woche nach Ausbruch der vorrevolutionären Stimmung in Gamonal – und zusehends in ganz Spanien – stimmte die Partido Popular mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat für eine Fortsetzung des Projekts. Die vor dem Rathaus versammelten Menschen quittierten dies mit einem massiven Eier-Bombardement auf die Fassade des Rathauses. Sie drückten ihr Missfallen sogar noch drastischer aus und brachten an einer Laterne auf dem Platz einen Strick an und riefen. „Lacalle, recuerda, tenemos una cuerda" (Lacalle, denk dran, wir haben ‚nen Strick).

Abends trat der Bürgermeister vor die Presse und verkündete überraschend das endgültige Aus des Projekts. Als Begründung gab er an, dass das Projekt nicht durchsetzbar sei. Er habe die Botschaft verstanden: Der soziale Frieden sei wichtiger als noch so viele Bauprojekte. Der eigentliche Grund dürfte gewesen sein, dass der Druck von der Straße viel zu groß war und dass aus

dem lokalen Protest ein Flächenbrand zu werden drohte. In Spanien schwelt dauerhaft eine enorme Unzufriedenheit aufgrund von zahlreichen Faktoren wie Massenarbeitslosigkeit, prekären Arbeitsbedingungen, Kürzungen im sozialen Bereich, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen, Korruption, Polizeigewalt, geplanter Verschärfung des Abtreibungsgesetzes, Bankenrettung und Zwangsräumungen durch eben jene Banken.

Lacalle betonte auffallend oft in Interviews, dass die Parteispitze in Madrid ihn bei der Entscheidung nicht unter Druck gesetzt habe. Das Gerücht hielt sich nach einem Bericht von El Diario hartnäckig.

Am Ende also hieß es La calle (die Straße) gegen Lacalle (der Bürgermeister) – 1 : 0.
Was aber zeichnete den Protest aus? Warum gelang in einer Woche, was vorher monatelang unmöglich schien? Was war anders, als bei den zahlreichen Protesten, die wirkungslos verpufften?

Selbstorganisation: Die Straße entscheidet

Das Aktionsbündnis „Bulevar ahora no“ (Boulevard nicht jetzt), dem auch die linke Oppositionspartei Izquierda Unida angehört hatte, roch am Tag des Baubeginns Lunte, dass die Proteste bald ruppiger ausfallen und damit kein kein werbeträchtiges Aushängeschild mehr sein würden und löste sich rechtzeitig auf, kurz bevor der Widerstand auf der Straße tatsächlich losbrach. Die vorletzte Meldung des dazugehörigen Twitter-Accounts war ein Retweet, in dem stand: „Die Angelegenheit in der Calle Victoria wird langsam heiß“.

Das frisch aufgelöste Aktionsbündnis ließ es sich auch nicht nehmen, sich noch am selben Tag per Pressemitteilung von dem „unzivilisierten Verhalten“ der Demonstrant*innen zu distanzieren und zu erklären, dass „Vandalismus“ für sie nie eine Option gewesen sei .

Wie sich später herausstellte, war diese Auflösung das Beste, was den Leuten aus Gamonal passieren konnte. Der Widerstand zerfiel nicht, als sich das bürgerliche und parteipolitisch geprägte Aktionsbündnis auflöste - ganz imaabs.mail[at]gmx.de Gegenteil: Die Menschen organisierten sich selbst und versammelten sich regelmäßig zu Stadtteilversammlungen, direkt an der umkämpften Baustelle an der Calle Victoria. Dort planten sie die jeweils nächsten Schritte, berieten sich über Strategien, organisierten Demos und stimmten über anstehende Entscheidungen ab. Es gab ein offenes Megaphon/Mikrophon, jeder durfte sprechen, um seine Meinung vorzubringen. Um sich gegen den Regen zu wappnen, wurden an Ort und Stelle Plastikplanen angebracht. Eine Volxküche wurde eingerichtet, um sich gemeinsam zu stärken. Es entstand nach und nach ein regelrechtes Protest-Camp, wie es aus Zeiten der Bewegung 15M (die Empörten/Indignados) bekannt ist.

Ein nicht zu unterschätzender zusätzlicher Vorteil der Stadtteilversammlung ist ihr lokaler Charakter. Die Leute kennen einander vom Sehen. Zivi-Bullen wurden schnell als solche enttarnt und höflich, aber bestimmt, vertrieben, wie Aktivist*innen aus Gamonal berichteten.

Diese basisdemokratische Nachbarschaftsversammlung löste sich auch nach Projektende nicht auf. Sie wollen sich weiterhin für ihren Stadtteil einsetzen und sich um die Aktivist*innen kümmern, die wegen ihres Einsatzes gegen den Boulevard unter staatlicher Repression zu leiden haben.
Da der alte Versammlungsort nach Projekt-Aus nicht mehr zugänglich war – die Straße wurde in den vorherigen Zustand zurückversetzt und wieder für den Verkehr freigegeben – forderten die Anwohner*innen von der Stadtverwaltung einen neuen Versammlungsort. Überdacht, um sich vor der Kälte zu schützen. Sie stellten ein Ultimatum, das die Stadtverwaltung aber verstreichen ließ, mit der Ausrede, es stehe ihnen keine Räumlichkeit zur Verfügung, die sie der Versammlung anbieten könnte. Die Anwohner*innen nahmen die Sache daraufhin in die eigene Hand und besetzten nach einer erneuten Demonstration ein Gebäude, das 10 Jahre lang leer gestanden war, um dort einen Gemeinschaftsort und ein soziales Zentrum einzurichten.

Allein machen sie dich ein: Toleranz statt Spaltung

Die Anwohner*innen ließen sich nicht spalten, sondern legten eine beachtliche Toleranz hinsichtlich unterschiedlicher Radikalitäten und Aktionsformen an den Tag. Es gab friedliche Demos und Menschenketten, es wurde spielerisch blockiert mit Ballspielen an der Baustelle. Die Schüler*innen riefen zu einem Streik auf . Es wurde auf Töpfe geschlagen, getrillert und die Robocops, die den Stadtteil besetzten, wurden von den Balkonen aus beschimpft von Anwohner*innen. Aber es wurden auch Banken entglast, Bauzäune umgeworfen, Cops mit Steinwürfen aus dem Viertel gejagt und ein Baustellencontainer in Brand gesteckt, um ein deutliches Zeichen der Ablehnung zu setzen.

Ein Satz, den man so oder so ähnlich immer wieder hören und lesen konnte von Anwohner*innen, war: „Ich mag eigentlich keine Randale. Aber vorher hat uns niemand zugehört.“

Wir sind nicht alle: Es fehlen die Gefangenen

Ob während der heißen Woche oder danach: Die Menschen aus Gamonal vergaßen zu keinem Zeitpunkt ihre Mitstreiter*innen, die in die Fänge der Staatsgewalt geraten waren. Immer wieder zogen tausende Menschen solidarisch zu der örtlichen Polizeiwache und forderten die Freilassung der Gefangenen. Auch für den 18. Januar, ein Tag nach Projektende, berichtete Canal 54 von 4.000 Menschen bei einer Demo für die Angeklagten und Inhaftierten. Es wurde Freilassung und Straffreiheit für alle Betroffenen gefordert.

Zwei der Beschuldigten saßen in Untersuchungshaft. Die Leute aus Gamonal richteten eine Solidaritätskasse ein und legten

sequentes Agieren auf der Basis der Unterstützung aller linken Strömungen. Die politische Lage in der Ukraine ist auch für die Rote Hilfe nicht eindeutig. Einerseits ist dies einer (immer noch) chaotischen Informationslage in der (radikalen) Linken der BRD geschuldet, andererseits eine Frage der (linken) Perspektive.
Es ist ausgeschlossen, dass linke allgemeinpolitisch tätige Organisationen pauschal von uns Spendengelder überwiesen bekommen. Diese Behauptung, die in den letzten Wochen vermehrt zur Verunglimpfung der Arbeit der Roten Hilfe e.V. benutzt wurde, wird auch durch häufige Wiederholungen nicht wahrer. Vielmehr solidarisieren wir uns vor allem mit einzelnen Aktivist*innen, die aufgrund ihres linken politischen Engagements kriminalisiert werden. Dabei ist für uns deren individuelle politische Weltanschauung nicht von Bedeutung: Ebenso wenig wie die Rote Hilfe e.V. bei Unterstützungsfällen in der BRD die Gruppen- oder Parteizugehörigkeit oder die ideologische Ausrichtung der betroffenen Aktivist*innen überprüft, so wenig ist für uns eine Kontrolle der Organisationsmitgliedschaft von verfolgten Linken in der Ukraine mit den Grundsätzen strömungsübergreifender Solidaritätsarbeit vereinbar. Denkbar sind aber Spenden an Vereine oder Bündnisse, um Antirepressionsprojekte im Kampf gegen die Angriffe des Staates zu unterstützen, wie Konferenzen, internationale Delegationen und vieles mehr. Dass sich sowohl die von uns unterstützten Gruppen als auch die politischen Aktionen und Projekte im Rahmen unserer Satzung bewegen müssen, versteht sich dabei von selbst.
Wir unterstützen alle verfolgten Linken in der Ukraine, unabhängig davon, ob sie sich in Parteien, Syndikaten, Gewerkschaften, Räten oder autonom organisieren. Deshalb freuen wir uns über die breite Solidarität, die uns bisher fast 7.000 € an Spenden eingebracht hat.
In der Hoffnung, dass der derzeitigen staatlichen Repression in der Ukraine etwas Substanzielles entgegengesetzt werden kann. Solidarität mit allen von staatlicher Repression und faschistischem Terror Betroffenen in der Ukraine und überall!

H. Lange für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
Göttingen, den 15.04.2014

Science-Fiction und Anarchie – Teil 4

Jules Verne – ein Autor ohne Gott und Herrscher? Eine Replik.

★ *Von: Ben Beck / Übersetzung: jt (afb)*

Vorwort der Redaktion: Mit diesem Text setzen wir die in der Februarausgabe der Gaidao begonnene Reihe zu „Science-Fiction und Anarchie“ fort. Der vorliegende Text ist wiederum eine Übersetzung eines englischsprachigen Textes, in dem einige der zentralen Thesen aus dem letzten Teil (Gaidao Nr. 40) kritisch beleuchtet werden. Darin ging es um den französischen Romancier Jules Verne und seine Ansichten zum Anarchismus bzw. wie er diese in sein Werk integriert hat.

Die Meinungen über Jules Vernes Sympathien gegenüber dem Anarchismus sowie darüber, inwieweit anarchistische Motive in seinen Werken eine Rolle spielen, gehen weit auseinander. Nicht-Anarchist*innen haben vorgebracht, dass Verne sich besonders gegen Ende seines Lebens anarchistischen Ideen oder zumindest jenen des libertären Flügels des Liberalismus angenähert hat. Sicher ist, dass er Anarchist*innen kannte – sein Freund Nadar wurde einer, außerdem war er mit Elisée Reclus befreundet (durch den er von Peter Kropotkin geografisches Material für seinen Roman Der Kurier des Zaren erhielt). Es gibt sogar Hinweise darauf, dass er Bakunin kannte oder zumindest durch seinen Verleger Hetzel von ihm gehört hatte (Chesneaux: 103–4). Anarchist*innen hingegen – allen voran Hem Day – haben auf einige biografische Fakten verwiesen, die das Gegenteil andeuten: seine Reaktion auf die Pariser Kommune („eine schreckliche und groteske Farce“ – zitiert nach Costello, 114), seine respektvolle Bitte um eine Audienz bei Papst Leo XII, sein sechzehnjähriger Dienst als Stadtrat von Amiens, während dem er die Polizei zu einem unbarmherzigen Einsatz beglückwünschte, bei dem sie die Ordnung wieder herstellte, nachdem ein Anarchist eine Ratsversammlung gestört hatte. Day führt an, dass „die Tatsache, dass Verne sich [in Wahlen in Amiens] als Kandidat aufstellen ließ, umso mehr beweist, dass er kein Anarchist war“ (Day 1967, 224). Der Kritiker Jean Chesneaux hingegen führt ausführlich Argumente dafür an, dass „die Tendenz zu einem libertären Individualismus Vernes Schriften tief geprägt hat“ (103-4). Hem hält dem entgegen, dass „anarchistische Motive in Vernes Werk höchstens vorübergehend eine Rolle gespielt haben“ (Day 1967, 226) und Chesnaux höchstwahrscheinlich nur eigene Einstellungen auf Verne projiziert habe. Sicher ist jedoch trotzdem, dass in den meisten von Vernes Werken hier und da libertäre Ideen aufblitzen.
In Zwanzigtausend Meilen unter dem Meer werden Professor Aronnax und seine Begleiter*innen an Bord der Nautilus, dem U- Boot des mysteriösen Rächers Kapitän Nemo, gefangen gehalten und erleben auf diese Weise die Wunder der Unterwasserwelt. Eine Zeit lang kursierten Gerüchte, nach denen das Buch ursprünglich von der Kommunardin Louise Michel geschrieben, oder zumindest konzipiert wurde (Girault 96, wiederholt in Planche 208). Hem Day wies nach, dass dieser Legende jedwede Grundlage fehlt, aber vielleicht liegt in ihr, wie Gilli-

Stellungnahme der Roten Hilfe e.V. zur Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in der Ukraine

★ *Von: Bundesvorstand der Roten Hilfe*

Nachdem in den letzten Wochen, vor allem aus anarchistischen Zusammenhängen, massiv Stimmen laut geworden waren, die sich kritisch bis ablehnend zur Rote Hilfe-Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in der Ukraine geäußert hatten, sehen wir uns dazu veranlasst, eine klärende Stellungnahme zu veröffentlichen. Mit ihr soll, unter nachgereichtem Ausräumen aufgetretener Missverständnisse, den teilweise heftigen Verleumdungen und Boykottaufrufen gegen unsere Antirepressionsorganisation der Wind aus den Segeln genommen werden - in der Hoffnung, unsere diesbezüglichen Positionen nochmals klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.
Zunächst gilt festzuhalten: Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation mit zurzeit mehr als 6700 Mitgliedern. Die Ansprüche „parteiunabhängig“ und „strömungsübergreifend“ sind dabei weder ins Leere laufender politischer Selbstzweck noch hohle Phrasendrescherei, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Diskussionen inner- und außerhalb dieser Struktur. Diese politischen Kennzeichnungen bilden das leitmotivische Fundament, auf dem die gesamte Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe e.V. beruht. Unterstützung und Solidarität durch die Rote Hilfe e.V. erfahren dann „alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“ (aus der Satzung). Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. aber auch „den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde“ (ebd.).

Dieser zuletzt angeführte Passus tritt nun bei der Spendenkampagne für die Genoss*innen in und aus der Ukraine in Kraft. Diese offiziell am 01.03.2014 eingeläutete Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in und aus der Ukraine ist im klassischen Sinne das von der Roten Hilfe e.V. in die konkrete Tat umgesetzte Produkt internationaler Solidarität mit politisch Verfolgten in einem anderen Land dieser Welt. Überzeugte Antifaschist*innen aus der Ukraine, bei denen wir - analog zum Vorgehen hier in der BRD - weder nachprüfen, ob sie Mitglieder einer bestimmten Partei noch Sympathisant*innen einer gewissen Weltanschauung sind, haben sich in höchster Not, also in einer spezifischen historischen Situation extremer staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen alles als „links“ Stigmatisierte, direkt an Genoss*innen aus einer Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. gewandt und sie um politische Unterstützung gebeten. Das hat also bereits an diesem ursprünglichen Aktivierungs- und Aufbereitungsgrund weder etwas mit einer Kommunistischen Partei noch mit „pro-russischem Chauvinismus“ zu tun.

Der Grund ist schlicht und einfach jener, der in einer anarchistischen Stellungnahme vom 21.03.2014 treffend zusammengefasst wird und in ähnlicher Form ja bereits Eingang in den Rote Hilfe-Spendenaufrufstext gefunden hatte: „In zahlreichen Regionen [der Ukraine] gab es militante Aktionen von Rechtsradikalen. So wurde im westukrainischen Berehowe, wo die Hälfte der Bevölkerung zur ungarischen Minderheit gehört, eine Stadtratssitzung vom »Rechten Sektor« [faschistische Straßenmiliz] gestürmt. Rechtsradikale veröffentlichten eine Liste von Journalist*innen, die künftig besser nichts mehr veröffentlichen, und auch Schwarze Listen über Linke, Antifas und Anarchist*innen wurden erstellt. Eine ganze Reihe von ihnen musste untertauchen oder ins Ausland fliehen.“ (1) (von indy.de) Diese unter der Rubrik „Material und Neuigkeiten zu Anarchismus in Osteuropa und jenseits“ edierte Situationsbeschreibung von „a3yo“ ist eine aus Sicht der Roten Hilfe e.V. perfekt geeignete Präsentation, weil sie zum einen auf durchaus ernstzunehmende Art und Weise den Versuch unternimmt, eine „Zusammenfassung und Erklärung der Ereignisse in den letzten drei Wochen, mit einem Blick auf Russland“ abzuliefern, aber zum anderen in dasselbe Fahrwasser der RH-Diskreditierung gerät, wie wir es - nass erwischt - in den letzten fünf Wochen auch von anderen anarchistischen Gruppierungen erleben durften. An späterer Stelle heißt es in diesem Text, dessen soeben zitierte Stelle sich analytisch komplett mit den Erkenntnissen deckt, die letztendlich zur RH-Kampagne geführt haben: Borotba [das ist jene Partei, von der sich anscheinend zahlreiche linke Organisationen wie AnarchistBlackCross, die Direkte Aktion oder das anarchafeministische „Kollektiv Good Night Macho Pride“ distanziert haben] habe „gute Verbindungen in den Westen. Ihre Sicht der Dinge wird von spanischen Stalinos ebenso weiterverbreitet wie von der jungen Welt, selbst wenn es sich um dreisteste Propagandalügen handelt, und die Rote Hilfe e.V. sammelt für sie (und die Kommunistische Partei der Ukraine [KPU], die genauso rechtskonservativ und russischchauvinistisch ist)“ (ebd.).

Diese beiden a3yo-Zitate können wir, hier stellvertretend, nur als verbale Affronts verstehen. Denn sollte die Rote Hilfe e.V. solche „Gewerkschaften“ und Parteien aktiv supporten, dann ist dies laut Kritiker*innen ja bereits in unserer eigenen fundamentalen politischen Ausrichtung angelegt, also logisch-konzusammen, um die Kaution für die beiden - jeweils 3.000 € - bezahlen zu können. Der Erlös von verkauften Ansteckern und T-Shirts fließt ebenfalls in die Solidaritätskasse.

An einem Tag besetzten Unterstützter*innen friedlich Bank-Filialen, um die Banken dazu zu überreden, dass sie ihre Anzeigen zurückziehen.

Am 30. Januar teilte der Twitter-Account „Gamonal en lucha“ (kämpfendes Gamonal) mit, dass alle Gefangenen auf freiem Fuß sind. Es werden aber weiter Spenden gesammelt für Anwaltskosten und eventuelle Bußgelder. Insgesamt laufen gegen 46 Personen Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten.

Eigene Informationskanäle

Von großer Bedeutung war auch der eigene Informationskanal, der über Twitter regelmäßig aktuelle Informationen und Fotos verbreitete. Der Name des Kanals lautet „Gamonal en lucha 2“ . Die Zahl 2 deshalb, weil der Vorgänger-Account aus unbekannten Gründen geschlossen wurde. Ein Blog wurde ebenfalls eingerichtet, „Gamonal ni un paso atrás“ (Gamonal, nicht ein Schritt zurück), der Neuigkeiten unter die Leute bringt. Auch einen Bambuser-Kanal namens „Efecto Gamonal“ (der Gamonal-Effekt) gibt es für Live-Streams.

Diese eigenen Informationskanäle stellten sich als besonders wichtig heraus, als die Medien eine massive Lügenkampagne gegen die Protestbewegung auffuhren, um diese zu kriminalisieren und dadurch zu diskreditieren. Es wurden Fotos von abgebrannten Autos gezeigt, obwohl die Aufnahmen weder aktuell waren, noch aus Gamonal stammten. Auch die Polizei-Lüge, dass es sich bei den militanten Demonstrant*innen um „Krawalltouristen“ (grupos violentos itinerantes) handle, wurde von den Medien unhinterfragt verbreitet, obwohl sich zeigte, dass alle festgenommenen Personen aus Burgos waren. Die Polizei musste später zugeben, dass sie keinerlei Beweise für ihre Aussage hat.

Über den Twitter-Kanal „Gamonal en lucha“ wurde nach Projektende eine lesenswerte Botschaft übermittelt. Der Titel lautet „Ende des Gehorsams“. Die Protestierenden ziehen darin ihr persönliches Fazit aus dem Erlebten und kündigen ihre Folgerungen daraus für die Zukunft an:

Ende des Gehorsams

„Ihr musstet uns verprügeln, Gummigeschosse auf uns abfeuern. Ihr musstet uns festnehmen, einsperren und isolieren. Ihr musstet uns mit neuen Gesetzen drohen und uns sagen, dass wir „Terroristen“ sind. Das und noch mehr musstet ihr uns antun, um uns zu brechen. Aber trotz alledem habt ihr es nicht geschafft.

Am 10. Januar entfachten wir einen Scheiterhaufen aus all euren Drohungen, aus all euren Befehlen, aus all euren Erpressungen. Wir waren keine Gruppe, wir waren weder 20, noch 50, wir waren sehr viel mehr. Wir waren diejenigen, auf denen ihr Tag für Tag herum trampelt, weil ihr glaubt, dass sie sich nicht wehren werden. Wir sind diejenigen, die ihr in einem prekären Leben ausbeutet. Diejenigen, die ihr nach Hause schickt, wenn es euch in den Kram passt oder denen ihr das Haus wegnehmt, wenn sie es nicht mehr bezahlen können. Diejenigen, die ihr wie Rohstoffe regiert, als Nummern in euren Statistiken. An diesen Tagen im Januar gehorchten wir euch nicht und plötzlich fing alles an, zusammenzubrechen. Jetzt sind wir uns unserer Kraft bewusst. Wir fühlen, wie eure Welt zusammenbricht und wir werden euch nicht helfen, sie wieder aufzurichten. Wir ziehen es vor, unsere eigene aufzubauen.“

Interview mit Anarchist*innen aus Syrien

★ *Von: Anarchistisches Forum Köln*

Das Anarchistische Forum Köln hat einige Fragen an Genoss*innen aus Syrien geschickt und folgende Antworten bekommen:

Wie sind eure Beziehungen zu der Freien Syrischen Armee (FSA), dem Regime und der kurdischen Autonomieregierung?

Wir unterstützen die syrische Revolution für Freiheit und Würde gegen die Diktatur von Bashar Al Assad und der Baath-Partei. Wir unterstützen säkulare und demokratische Elemente der FSA und das Recht aller Menschen auf Widerstand gegen Tyrannei durch bewaffneten Kampf. Aber zur Zeit gewinnen islamistische Gruppen innerhalb der FSA an Zuwachs und Dominanz, was wir nicht unterstützen können und wir sind vorsichtig gegenüber ihren Programmen (diese werden als immer noch getrennt von konterrevolutionären, extremistischen dschihadistischen Gruppen wie ISIS und Jabhat Al Nusra betrachtet, gegen die sich die meisten Syrer*innen wenden). Wir unterstützen die kurdischen Rechte auf Selbstbestimmung und unsere kurdischen Genoss*innen im Kampf. Wir unterstützen kurdische Kämpfer*innen, die eher säkular und demokratisch eingestellt sind.

Gibt es aktive anarchistische Gruppen in Syrien? Seit wann existieren diese Gruppen? Welche Aktivitäten führen sie durch, wie tun sie das?

Es gibt keine aktiven anarchistischen Gruppen in Syrien. Das syrische anarchistische Kollektiv, zu dem wir gehören, ist eine kleine Gruppe von Menschen, die sich gegenwärtig vor allem außerhalb Syriens befinden. Wir kommunizieren, tauschen Informationen aus und unterstützen uns gegenseitig durch private Kommunikation. Wir haben auch eine öffentliche Facebook-Seite (1), auf der wir versuchen, die Menschen von außerhalb über die Situation in Syrien und die syrische Revolution zu informieren.
Einzelne Anarchist*innen/Freiheitliche innerhalb Syriens beteiligen sich an revolutionären Aktivitäten in ihren Gemeinschaften und vor allem in den lokalen Räten/Ausschüssen. Wir haben seit Beginn der Revolution Kontakt aufgenommen, lernen voneinander und beginnen zusammenzuarbeiten. Wir hoffen, wir können in der Zukunft auf diese Aktivitäten aufbauen und als Kollektiv aktiv werden.

Was ist mit Anarcho-Feministinnen?

Es gibt eine syrische anarcho-feministische Facebook-Seite (2), aber wir glauben nicht, dass dies eine aktive Gruppe ist und haben keinen Kontakt mit ihr [Anm.: aktueller Eintrag vom 04.01.2014].
Unser Kollektiv besteht aus Männern und Frauen und wir glauben, dass der Kampf von Frauen für Syriens Befreiung eine zentrale Bedeutung hat.

*Wo finden wir libertäre Aktivist*innen in den verschiedenen durch die Freie Syrische Armee, das Regime oder die kurdische Zone kontrollierten Gebieten?*

Libertäre Aktivist*innen befinden sich in Gebieten unter Kontrolle der FSA und der Kurd*innen. Sie nehmen in ihren Gemeinschaften an revolutionären Aktivitäten teil, vor allem durch lokale Komitees und regionale Räte.

*Gibt es Gebiete, in denen Anarchist*innen in der Mehrheit sind oder wo anarchistische Ideen praktiziert werden (oder wo dies eventuell in der Zukunft möglich sein wird)?*

Anarchist*innen sind in Syrien zahlenmäßig gering und es gibt keine organisierten Gruppen. Aber anarchistische Praxis war das Herzstück des Aufstands im Sinne der horizontalen Selbstorganisation der Menschen. Dies ist am stärksten in den Kommunen und lokalen Komitees der Fall, die von dem syrischen Anarchisten Omar Aziz gegründet wurden. Autonome, horizontale Selbstorganisation in vom Staat befreiten Gebieten war in Syrien stärker als in den anderen arabischen Ländern.(3)
Wir hoffen, dass diese Experimente in der Zukunft die Keimzelle für ein freiheitliches Bewusstsein Früchte tragen und unterstützen die Entwicklung solcher Aktivitäten. Viele revolutionäre Aktivist*innen haben jetzt kein Vertrauen in das Regime, die formelle Opposition und die angepassten Parteien.

Wie hat die wachsende Gewalt eure sozio-politischen Aktivitäten verändert?

Die zunehmende Gewalt wirkte sich auf die Revolution und revolutionäre Aktivitäten als Ganzes aus. Die Situation in Syrien ist jetzt sehr hart. Es gibt massive Zerstörung, Instabilität und eine humanitäre Krise. Mit der zunehmenden Militarisierung gehen Islamisierung und Sektierertum einher. Viele Aktivist*innen haben das Land verlassen müssen – nicht nur wegen der Verfolgung seitens des Regimes, sondern auch wegen der Verfolgung durch extremistische islamistische Gruppen (konterrevolutionären Kräfte) wie ISIS und Jabhat Al Nusra. Es wird immer schwieriger für die Menschen, sich zu organisieren - ihr Alltag kreist jetzt um das Überleben.
Dennoch werden revolutionäre Aktivitäten fortgeführt und es gibt immer noch breite Unterstützung für die ursprünglichen Ziele der Revolution. Wir werden auch weiterhin diese Bemü-

Nach gerade mal zwei Jahren wird über den Hambacher Forst nicht mehr nur im linken Untergrund, sondern auf der ganzen Welt gesprochen. Immer mehr Menschen verstehen, dass wir alle für dasselbe kämpfen, ob nun im Schwerpunkt gegen Energiegroßkonzerne und Umweltzerstörung, gegen Rassismus, Landraub auf der ganzen Welt, die Waffenindustrie, Speziesismus, Transphobie, Macht und Hierarchie, … letztlich ist es ein Kampf, der Kampf gegen Kapitalismus.
Ich laufe über den Stamm bis in die Krone. Viele markante Äste, Gabelungen und Details erkenne ich wieder. Ich kann auch die Stellen ausmachen, an denen die Plattform mithilfe von Seilen an den Baum gebunden war. Viele dicke Äste sind bei dem Aufprall auf dem Boden zerborsten als wären sie Zahnstocher.
Um eine Plattform im Baum zu befestigen benutzt du keine Nägel. Niemals – viel zu instabil, denn bei schon leichtem Wind bewegt sich die Krone und es würde deine Konstruktion zerreißen, wäre sie zu steif mit dem Baum verbunden. Und natürlich willst du den Baum nicht verletzen.
Ich erinnere mich an die Nächte dort oben unter freiem Himmel, in denen ich wohl mit einem Lächeln auf den Lippen eingeschlafen sein muss, beschienen von 1000 Sternen und einem faszinierendem Mond und mit dem ganz großartigen Gefühl, genau am richtigem Ort zu sein und gut behütet zu sein. Denn in 25 Metern Höhe kann die keiner so schnell was.
Wenn du eine Weile so eng mit wirklicher Natur zusammenlebst, sie kennen, beobachten und lieben lernst, wird dir nach einer gewissen Zeit bewusst, wie bescheuert, arrogant, naiv und respektlos all das, was als zivilisiert bezeichnet wird doch ist. Für viele bedeutet Natur nur noch der Rasen vor ihrem Haus, die Bäume am Straßenrand und sich an einzelne Elemente als Accessoires und Tischdekoration zu erfreuen. Wilde Natur erleben nur wenige, die wirklich nach ihr suchen. Und noch weniger können sie wirklich voll und ganz erleben. Vor allem in den Städten aber nicht nur da werden unsere Sinne so sehr mit Reizen überflutet, dass die kleinen Reize der Natur uns gar nicht so bewusst auffallen. Doch mit nur wenig Strom um dich herum, deinem Zuhause mitten in einem teilweise 12.000 Jahre alten, nicht industrialisierten Wald, entdeckst du nach und nach die Wunder dieses Planeten und des Lebens. Du beobachtest fasziniert sonderbare Insekten aus nächster Nähe, hast hautnahe Begegnungen mit wilden Tieren, du siehst Knospen entstehen, aufplatzen, Blätter und Blüten wachsen, irgendwann die Farbe ändern und schließlich zu Boden gleiten. Wenn du an den Himmel blickst lächelst du, weil du ein Figur in einer Wolkenformation siehst und am Abend entdeckst du die Bilder zwischen den Sternen. Gewitter setzen dich etwas auf Adrenalin, denn du weißt, du bist nicht sicher hier draußen, aber das macht dir keine Angst, denn du spürst das Leben und genießt es in jedem Augenblick. Und wenn du morgens mit der Sonne aufstehst bist du immer wieder aufs Neue beeindruckt von der Ruhe eines kühlen Morgens, wenn selbst das Gras noch zu schlafen scheint unter einem frischen Taumantel. Und die Freude, wenn du nach einem langen Winter die erste Blume entdeckst. All diese Details und Faszinationen und Schönheiten lassen dich spüren, dass es nicht viel zum Leben braucht um glücklich zu sein. Wir kämpfen hier nicht für die Natur: We are nature fighting back!

Es kommt mir ganz klar und offensichtlich vor, wie bescheuert diese Zivilisation doch ist und doch leben die meisten von uns immer noch vollkommen entfremdet von ihrem eigenen Leben. Wir überlassen unsere Ernährung der Gentechnik, unsere Gesundheit der Pharmaindustrie, unsere sozialen Konflikte der Polizei, den Kampf für unsere “Rechte“ den Gerichten und dass, was ja der kleine Mensch eh alles nicht versteht wird die Politik schon regeln. Ich selbst muss mich dann nur noch um meine Arbeit und meine Freizeit kümmern denn Arbeit kostet viel Kraft. Also heucheln die einen Arbeiter*innen den anderen vor, all die Unterhaltungs- und Genussmittel extra nur für sie herzustellen. Dieses Gefühl, dass Papa Kapitalismus für dich sorgt, erspart dir die wirklichen, zwischenmenschlichen Beziehungen, gaukelt dir Liebe und Fürsorge vor wo eigentlich nur Gier und Geiz dahinter stehen. Und ohne es recht zu merken läufst du weiter in dem Hamsterrad, arbeiten um zu leben und leben um zu arbeiten. Und es wird sich drehen und drehen bis zum bitteren Ende. Unweigerlich? Was müsste passieren um es zum Stillstand zu bringen? Selbstverständlich werden uns von oben keine Alternativen geboten werden, das müssen wir schon selbst in die Hand nehmen. Und mit jedem Menschen, der in dieses System hinein geboren wird, wächst die Dringlichkeit, es umzustürzen. Die Verantwortung liegt bei uns allen, ebenso wie die Kraft, es anzupacken.

Auf dem Weg zurück komme ich auch an den anderen gefällten Bäumen vorbei. Ich begegne RWE Arbeitern (es sind alles männlich wahrgenommene Personen) und weißen Range Rovern der privaten Securityfirma. Sie machen sich daran, die wertvollen Hauptstämme der Bäume weg zu schaffen. Diese werden ihnen noch jede Menge Geld einbringen. In ihren Augen ist das nur Ware und Geschäft. Und auch wenn ich mir viele Verhaltensweisen erklären kann (was sie wohlgemerkt nicht rechtfertigt) steigt in mir tiefe Verachtung empor. Sie pöbeln mich an, weil ich vermummt bin, doch ich habe keine Lust darauf einzugehen und verschwinde im Unterholz, wo ich sicher sein kann ihnen nicht weiter zu begegnen, da sie immer auf den offiziellen Wegen bleiben.
Wandle Trauer zu Wut und Wut zu Widerstand schießt es mir die ganze Zeit durch den Kopf.
Vom 12. bis 25. April findet das ‚Build Restistance! skill-sharing Camp‘ (=Widerstand aufbauen! Fähigkeiten teilen Camp) statt und direkt im Anschluss, am 26. April, wird der Wald wieder besetzt in einer großen, öffentlichen Aktion. Die Aussicht darauf und noch einigem mehr beschwingt meinen Schritt und ich atme tief den Duft des Waldes ein.
Mal sehen was im Land der Verwöhnten noch alles möglich sein wird.

Mehr Infos

Web: hambacherforst.blogsport.de
(bisher in deutscher, englischer, spanischer und französischer Sprache)
Kontakt: hambacherforst@riseup.net

Ein Kampf um mehr als einen Wald

★ *Von: Domino*

28. März 2014, der erste Tag nach der Räumung der dritten Waldbesetzung im Hambacher Forst, Rheinland, NRW. Ich stapfe die gewohnten Waldwege zu meinem, nun ehemaligen Zuhause, entlang und merke: ich habe das alles noch nicht richtig realisiert. Diesen Weg ohne Kletterausrüstung und um diese Uhrzeit entlang zu gehen, fühlt sich komisch an – eigentlich wäre es jetzt schon dunkel. Als ich an dem rot-weißen Flatterband mit der Aufschrift „Polizeiabsperrung“ ankomme, sehe ich dahinter schon den Stumpf der Eiche stehen, auf der ich fast mein Baumhaus zu Ende gebaut hätte. Der Boden war schon fertig gewesen, ein Haus sollte es nicht mehr werden.

Mir kamen die Tränen, als ich die Eiche fallen hörte. Der Aufprall kam mir vor, wie ihr letzter Aufschrei, bevor sie starb. Die Erschütterung muss kilometerweit zu spüren sein, dachte ich mir. Mit schweren Maschinen und eisernen, geschärften Zähnen zerstörten sie in kaum zehn Minuten, was mehr als 250 Jahre gewachsen war. Sie zerstörten gedankenlos was ich immer mit Liebe, Respekt und samtenen Fingern bedacht hatte um so wenig Schaden wie möglich anzurichten. Und auch wenn tagtäglich auf der ganzen Welt so viel von dem zerstört wird, was ich liebe und wir alle zum Leben brauchen, habe ich selten so viel Hass und Wut empfunden wie in diesem Moment und in meinen dunkelsten Träumen wünsche ich ihnen das schlimmste dafür.

Ich erklimme den Stamm, an dem ich immer auf dem Weg nach oben vorbei geklettert bin. Selbst auf dem Boden liegend, geht er mir immer noch bis zur Hüfte. Ich betrachte die tiefen Kerben der eichentypischen Rinde und beobachte mit einer Mischung aus Zuneigung und Melancholie die riesigen Waldameisen, die scheinbar wie gewohnt ihrer Wege gehen. Ants Squat – nach ihnen war der Ort benannt, die Ameisenbesetzung. Überall sind sie in diesem Stück des Waldes unterwegs, auch oben waren oft vereinzelt welche gewesen.
Ich betrachte die Knospen, welche bald aufgeplatzt wären. Wieder erfasst mich Wut. Es geht mir nicht um die Baumhäuser, um all die Arbeit, all das, was wir mit viel Sorgfalt errichtet haben. Nein, Räumung ist ebenso ein Teil dieser Aktionsform, wie die Besetzung selbst. Aber jeder einzelne dieser jahrhundertealten Bäume ist unwiederbringlich und das macht mich traurig. Warum sie das tun kann ich nicht verstehen, auch wenn die Nachricht unmissverständlich ist:
„Seht, was ihr angerichtet habt. Nun mussten die Bäume dran glauben, weil ihr es nicht lassen konntet wieder in den Wald zu gehen. Was ihr besetzt, fällen wir.
Und an alle, die nicht die Bäume besetzten: Seht euch an, was sie erreicht haben mit ihren komischen Aktionen. Sie machen es damit nur schlimmer. Nicht wir sind der Feind!“.
Meinungsmache gegen diese Aktionsform, gegen Baumbesetzer*innen - Propaganda, die wirkt. Auch wenn dieser Teil des Waldes frühestens in drei Jahren gerodet werden wird – dies war nicht die letzte Besetzung. RWE will nicht genug Zeit lassen um massive Infrastruktur aufzubauen, ein zweiter Tunnel macht ihnen wohl zu viel Angst, die erste Räumung des Hambacher Forstes dauerte über vier Tage. So haben sie für diese Räumung noch fadenscheinigere Begründungen geliefert als beim letzten Mal. Gut für sie, dass hier die Stadt, Polizei und RWE so gut zusammen arbeiten. Dieses mal war es das Bauamt, mal sehen, was sie sich fürs nächste mal ausdenken.

Doch mit dieser Masche haben sie sich diesmal ins eigene Fleisch geschnitten. Viele erklärten ihre Solidarität mit dem Kampf im Hambacher Forst, schrieben Texte, Berichte, Lieder, liebe, traurige, wütende, flammende und kraftspendende Mails und Kommentare auf dem Blog, hingen Banner gut sichtbar aus den Fenstern ihrer Häuser, gingen auf die Straßen der Städte, angemeldet und spontan, hielten Ansprachen und verteilten Flyer um allen Menschen mitzuteilen, was hier im Rheinland passiert und womit das alles zu tun hat, kamen vorbei, brachten Lebensmittel, schickten Päckchen, …
Und so manch eine*r bekam einmal mehr zu spüren, wie wichtig Solidarität ist. Sie ist wohl eine unserer stärksten Waffen im Kampf gegen das System. Und mit jeder Räumung, mit jeder Repression, mit jeder Aktion gegen Aktive halten sie uns den Griff der Pistole hin.
Und auch die Besetzungen sind im Grunde neben Anlaufstelle, Informations- und Vernetzungspunkt und Ort der direkten Aktionen eine vehemente Solidaritätserklärungen mit allen, die von dem Dreck, den Staat und Konzerne wie RWE verursachen, betroffen sind. Sowohl lokal vor Ort als auch weltweit.
Nicht nur Besetzer*innen, Aktivist*innen, alle die merken, dass in dieser Gesellschaft etwas grundlegend falsch läuft, so klein ihre Beteiligung auch erscheinen mag: Wir alle sind der Widerstand.

Das ist RWE längst klar. Und auch wenn sie alles an Institutionen im Rheinland auf ihrer Seite haben und vermeintlich am längeren Hebel sitzen. Doch die Medien bringen nicht mehr nur was RWE will, sondern immer mehr Journalist*innen beziehen auch positiv Stellung zu den Besetzungen.
In einer Welt, in der wir die Außenseiter*innen sein sollen, ohne feste, finanzielle Quellen, eine Welt, die nur in Geld Wert erkennt, mit Regeln, denen wir niemals zugestimmt haben und in der wir nur etwas bewirken dürfen, wenn wir uns unterwerfen, wollen wir nicht leben. So bauen wir Alternativen auf, entwerfen Lebenskonzepte und schulen unsere Kreativität. Deshalb können sie uns mit ihren Knüppeln, Gerichtsverfahren und ihrer Hetze auch nichts anhaben.

hungen unterstützen und für diesen Kampf zu internationaler Solidarität aufrufen.

*Was denken Anarchist*innen in Syrien über die Rolle der Gewerkschaften und gibt es derzeit Kämpfe in Betrieben?*

Uns sind keine Kämpfe in Betrieben bekannt, obwohl es in den ersten Tagen der Revolution eine Reihe von Streiks gab, an denen sich weite Teile des Landes beteiligten. Es war in Syrien schwierig wegen der Dominanz der Baath-Partei in den Gewerkschaften, daher gibt es in der jüngeren Geschichte keine starke Arbeiterorganisation. Kämpfe gibt es vor allem in den Nachbarschaften.

Außerdem empfehlen wir folgende Quellen für weitere Informationen in Englisch:

http://darthnader.net/
http://truth-out.org/news/item/18617-syrian-anarchist-challenges-the-rebel-regime-binary-view-of-resistance
http://tahriricn.wordpress.com/tag/syria/
http://leilashrooms.wordpress.com/
http://budourhassan.wordpress.com/
http://syriafreedomforever.wordpress.com
(revolutionäre Sozialist*innen bzw. Trotzkist*innen, aber die haben einige gute Informationen über den Basiswiderstand)

Wir freuen uns auf weitere Zusammenarbeit!

(1) *Syrian Anarchists https://www.facebook.com/syrian.anarchists*
(2) *Syrian Anarcha Feminist Movement https://www.facebook.com/SYR.A.F.M*
(3) *Leila Shrooms: „The life and work of anarchist Omar Aziz, and his impact on self-organization in the Syrian revolution“, http://leilashrooms.wordpress.com/2013/10/20/the-life-and-work-of-anarchist-omar-aziz-and-his-impact-on-self-organization-in-the-syrian-revolution/*

Mehr Infos

Übersetzung
Anarchistisches Forum Köln,
Web: http://anarchistischesforumkoeln.blosport.de
(Frühling 2014)

Gedicht

in gedanken für meinen getöteten freund

★ *Von: aviv sahavi*

ich kämpfe mit dir
seite an seite
für eine anarchistische welt
und wenn ihre knüppelgarde kommt
bleib ich bei dir
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

ich stelle mich mit dir
seite an seite
ihren wasserwerfern entgegen
und wenn ihr tränengas die luft erfüllt
stehe ich bei dir
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

ich gehe mit dir
seite an seite
in die gefängniszelle
und werde nicht eher
aus ihrer beschissenen zelle gehn
bevor du mit mir gehst
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

ich tauche mit dir unter
seite an seite
wenn es gar nicht mehr anders geht
und ich gehe mit dir
den weg zu ende
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

ich bleibe bei dir

seite an seite
wenn sie auf uns schiessen
und wenn dich ihre kugel trifft
halte ich dich fest in meinen armen
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

ich bin bei dir
ganz nah bei dir
wenn du im sterben liegst
und ich erzähle deine geschichte
wenn du es nicht mehr
durch diesen kampf schaffst
in gedanken
seite an seite
für unseren traum
von einer anarchistischen welt

Grenzbewegungen

Calais - eine Zwischenstation für viele Sans-Papiers auf dem Weg nach Großbritannien

★ *Von: Kristian Wieht und Amal Linde*

Die Vertreibungspolitik zwingt Menschen auf der Straße zu leben und nimmt ihnen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch eine wichtige Grundlage, sich gemeinsam zu organisieren und solidarisieren. Anfang diesen Jahres wurden von Aktivist*innen Häuser besetzt, um das Recht für Wohnraum einzufordern. Die Konsequenzen dieser Aktionen sind noch unklar.

Calais- eine Zwischenstation für viele Sans-Papiers auf dem Weg nach Großbritannien. Die Vertreibungspolitik zwingt Menschen auf der Straße zu leben und nimmt ihnen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch eine wichtige Grundlage, sich gemeinsam zu organisieren und solidarisieren. Anfang diesen Jahres wurden von Aktivist_innen Häuser besetzt, um das Recht für Wohnraum einzufordern. Die Konsequenzen dieser Aktionen sind noch unklar.

Die Auswüchse der europäischen Einwanderungspolitik manifestieren sich an vielen Orten. Einer dieser Orte ist Calais, eine Hafenstadt in der nördlichen Region Frankreichs, gelegen an der engsten Stelle des Ärmelkanals, ca. 30 km vor England. Aufgrund ihrer geografischen und infrastrukturellen Lage, insbesondere aufgrund der Fährverbindungen und dem Eurotunnel nach Dover, ist Calais eine bedeutende Transitstation für Migrant_innen. In Calais leben im Durchschnitt 500 - 800 Menschen ohne „legalen Status“ auf der Straße, der Großteil versucht von dort nach England zu kommen. Bis dieser Versuch gelingt vergehen oft mehrere Monate. „I am trying for England. Since five month. But no chance. Too much police. Too much security. Every night I`m trying. Im tired. Of cold. And hunger. And police. And the security dogs that smile at us every night.“ Die Übrigen haben das Versuchen aufgegeben und Asyl in Frankreich beantragt. Hier leben sie unter widrigen Bedingungen, polizeilicher Repression und sind zunehmend häufig rechter Gewalt, ausgesetzt. Im Folgenden werden die Menschen als „Sans- Papiers“ bezeichnet (Papierlose). In Frankreich kämpft die Sans-Papierbewegung für die Rechte von Migrant_innen. Die Menschen, die hier mit diesem Begriff bezeichnet werden haben zwar teilweise „Papiere“, doch sind diese Aufenthaltstitel, die kein langfristiges Bleiberecht garantieren.

Situationsaufnahme

Seit der Schließung des Rot- Kreuz- Auffanglagers „Sangatte“ im Jahre 2002 wurde der Kampf gegen den Migrantenzuwachs auf die nationale Agenda gesetzt. So sprach sich Nicolas Sarkozy entsprechend seiner „tolérance – zero“ Politik dafür aus, die Stadt endlich „migrantenfrei“ zu machen. In Sangatte haben über 1000 Menschen medizinische Unterstützung, Essen und eine Schlafmöglichkeit bekommen. Mit der Schließung wurden Sans- Papiers in die Obdachlosigkeit gedrängt. Es wurden mehrere sogenannte „jungles“ (Zelte und Hütten aus Holzpaletten in den Dünen) errichtet und leerstehende Häuser besetzt, doch dienen diese meist nur als Schutz vor Witterung und werden meist nach kürzester Zeit wieder geräumt und zerstört. So wurde 2009 ein großes Junglecamp, wo mehr als 1000 afghanische Geflüchtete lebten und sich organisierten, geräumt. 2012 folgte dann, vor den Olympischen Spielen in London, eine weitere große Welle der Repression, „um Straßen zu säubern“.
Die Schikanierung und Kriminalisierung der Sans-Papiers wird von französischer Seite stark forciert, doch auch England übt er-

haben ein Problem mit den extrem traditionellen und institutionalisierten Religionen, die auf Gebetshäuser und Friedhöfe reduziert sind und mit unserem Alltag nichts zu tun haben. Wir haben den Gläubigen, welche die Koranversen im praktischen Leben nicht umsetzen, etwas zu sagen: In Kalif Ali‘s-Scheria steht: „Wenn dir dein Glaube in diesem Leben nichts bringt, bringt er dir auch im Jenseits nichts.“

Der durchschnittliche Gläubige hat kein Problem mit dem Kapitalismus; er denkt, solange er 5 Mal am Tag betet und fastet, darf er Vermögen anhäufen und seinen Angestellten miese Löhne bezahlen. Wir akzeptieren diese Dimension, diese institutionalisierte Religion nicht, denn sie basiert auf Streben nach einer Phantasiewelt, die wir Jenseits nennen. Wir wollen mit einem Glaubensaspekt handeln, der sozialer und realer ist. Unser Anliegen ist, darüber zu diskutieren, wie die Beziehungen zwischen Menschen auf eine gleichberechtigte Weise aufgebaut werden sollen; nicht nur auf ökonomischer Ebene.

Die Antikapitalistischen Muslim'innen betonen, dass sie sich mit allen diskriminierten Gruppen, die von der Regierung unterdrückt werden, -wie LGBT-Menschen-, solidarisieren:
Wir reden von einer Bewegung, die sich nicht auf Identitäten fokussiert. Diese Bewegung beschäftigt sich mit den Quellen der Probleme und bringt Menschen zusammen, um Lösungen zu finden. Wir sind der Meinung, dass nicht nach der Identität der Betroffenen gefragt werden sollte. Wir solidarisieren uns mit allen diskriminierten Minderheitsgruppen, die sich gegen Tyrannei und Korruption empören. Wir werden gemeinsam gegen diese machtgierige Korruption und das kapitalistische System ankämpfen. Die LGBT-Bewegung ist ein wichtiger Teil dieses Aufstandes.

Sowohl LGBT-Gruppen, als auch muslimische Feministinnen werden von anderen Aktivist*innen immer noch marginalisiert. In Beschreibungen der Proteste war beispielsweise immer wieder zu hören, “es waren sogar LGBT-Gruppen und muslimische Feministinnen mit dabei”. Auch etliche Frauen, die in gewerkschaftlichen Kreisen politisch engagiert sind, sprachen solche ausgrenzenden Statements aus.

Das hetero-patriarchalische System marginalisiert uns alle, wenn wir eine Gefahr hierfür darstellen. Das Geschlechtersystem ist sehr hierarchisch aufgebaut. Im Rahmen der allgemeinen Moralkodexen werden homosexuelle Menschen als unnatürlich begriffen, weil sie sich nicht fortpflanzen können. Dieser Aspekt basiert auf der Wahrnehmung, unser wesentlichstes Ziel sei die Fortpflanzung. Im Endeffekt wird das Patriarchat auf männlicher Linie weiter vererbt. Wo positioniert das patriarchale Verständnis heterosexuelle Ehepaare, die keine Kinder wollen oder die keinen Sohn haben? Sind diese Leute auch unnatürlich? Wir stehen gegen dieses tyrannische System, gemeinsam mit anderen unterdrückten Menschen. Wir stimmen dem Motto von Kaos GL zu: „Die Befreiung der LGBT-Menschen wird auch die Heterosexuellen befreien“.

Es gibt in der islamischen Gemeinschaft viele Menschen, die sich wie ein Gott verhalten und versuchen, die Regeln festzulegen. Doch die Autorität von Menschen über andere Menschen basiert auf keiner religiösen Grundlage. Denn letztlich entscheidet nur Allah selbst über die Regeln und bestimmt, was Haram (-Sünde-) oder Helal (-erlaubt-) ist. Wie oben erwähnt, gibt es keinen Vers im Koran, in welchem Homosexualität als Krankheit angeführt wird und Lots Clan in Sodom wurde nicht aufgrund Homosexualität vernichtet. Es ist inakzeptabel, durch das willkürliche Auswerten der Geschichte von Lot Homophobie zu legalisieren und zu rechtfertigen. Der Lot-Clan wurde wegen seiner Maßlosigkeit und Gewaltherrschaft, in der sogar Gäste zu vergewaltigen versucht wurden, vernichtet. Allah vernichtet kein Volk wegen dessen Glauben, sondern wegen seiner Maßlosigkeit.

Dieser Artikel wurde im LGBT Magazin KAOS GL (Sept.-Okt.2013, #132) veröffentlicht und ist auch online zu lesen unter: http://kaosgl.org/yazarlar.php?id=4002 (25. März 2014)

---

(1) *Roboski: In der Provinz Roboski (Türkei) sind 34 Menschen am 28.12.2011 bei einem Luftangriff ums Leben gekommen.*

(2) *Hrant Dink: Armenisch-stämmiger Journalist und einer der Herausgeber*innen der in Istanbul erscheinenden zweisprachigen Wochenzeitung Agos. Dink wurde von nationalistischen Gruppen jahrelang verfolgt. Er wurde am 19.01.2007 auf offener Straße erschossen.*

(3) *N.Ç.: In Mardin/Türkei zwangen 2 Frauen das 13 jährige Mädchen N.Ç. sich für Geld zu prostituieren. Sie wurde von 26 Männern (Beamten, Soldaten) vergewaltigt. Die Täter wurden nur zu milden Strafen verurteilt.*

Es gab keine Machtverhältnisse, Hierarchie und Herrschaft im Gezi-Aufstand!

★ *Von: Kaos GL; Übersetzung: Anıl Üver*

Die sogenannte „allgemeine gesellschaftliche Moral“, die heteropatriarchale Anordnung, ist ein System, welches Homophobie und Transphobie nährt und verstärkt und uns alle an den Rand drängt - unabhängig davon, welche Geschlechteridentitäten wir haben.

Es gibt keinen Vers im Koran, der besagt, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Und wenn wir die Geschichte von Lot studieren, sehen wir deutlich, dass die betroffene Bevölkerung nicht etwa wegen der „gleichgeschlechtlichen Liebe“ vernichtet wurde.

Die „Antikapitalistischen Muslim'innen“ teilen folgend ihre Erfahrungen über die Zusammenkunft mit LGBT-Aktivist'innen während des Gezi-Aufstandes:

Unser Beweggrund vor und während des Gezi-Aufstandes war, dass wir unseren Unmut darüber kundmachen wollten, dass eine gemeinnützige grüne Fläche vernichtet und in die Hände des Kapitals übergeben werden sollte. Denn im Koran (Vers Haşr:7) steht, „dass die Güter nicht bloß bei den Reichen unter euch die Runde machen“ sollen. Trotz der extremen Polizeigewalt setzte die Bevölkerung - und unter ihnen die antikapitalistischen Muslim*innen - den Widerstand fort. Sie fragten nicht nach den Identitäten der Widerstand leistenden Menschen und waren ein wesentlicher Teil des Aufstandes.

Menschen gingen auf die Straßen, um gegen die Tyrannei und Ungerechtigkeit zu demonstrieren und um die Natur zu schützen. Sie marschierten gleichzeitig für Frauenrechte, für Roboski (1), für Hrant (2), für N.Ç. (3), für LGBT-Menschen, für Alevit*innen und andere zahllose Minderheitsgruppen. Viele unterschiedliche Gruppen kamen für einen gemeinsamen Zweck zusammen und schafften es, die Barrieren untereinander abzubauen. Es war eine Phase, in der der Traum einer Gesellschaft ohne Grenzen und ohne Klassenunterschiede möglich erschien. Der Gezi-Aufstand wird uns immer daran erinnern, wofür wir kämpfen.

Es gab keinen Machtkampf, keine Hierarchie und Herrschaft im Gezi-Aufstand und es war möglich, die Solidarität der verschiedenen Gruppen, Ethnien und Individuen und deren gemeinsame Kraft und Fähigkeit zu sehen.

Auch Kopftuch tragende Frauen marschierten mit, entgegen der zahlreichen Manipulationen und Lügen, die in den Mainstream-Medien und durch die islamistische Regierungspartei verbreitet wurden. Wir marschierten gemeinsam, vom konservativsten Viertel „Fatih“ bis zum liberalsten Viertel „Taksim“. Was wir zeigten war, dass die Menschen sich auch ohne die Hilfe von professionellen Politiker*innen und Parteien organisieren können.

Der Gezi-Aufstand gab der Bevölkerung, die ihre Hoffnung fast verloren hatte, eine neue Vision und eine neue Denkweise. Die Angst war nicht mehr da und die Gewaltdrohungen konnten die Demonstrant*innen nicht aufhalten.

Währenddessen entstand eine Lebenskultur, in der die öffentlichen Einrichtungen wie Moscheen, Museen, Büchereien usw. gemeinsam gestaltet werden sowie Grundbedürfnisse solidarisch versorgt werden konnten. Diese Kultur entstand als Alternative gegen die kapitalistische Lebensweise. Die Machthaber*innen und die Kapitalist*innen sehen diese Alternative als Gefahr für ihre Machtposition. Ihre übermäßige Reaktion gegen den Gezi-Aufstand zeigte uns, wie groß ihre Angst vor dieser neuen Bewegung ist.

Die Antikapitalistischen Muslim'innen gingen auch in Ankara auf die Straße und brachten ihren Kampfgeist mit.
Sie erzählen uns ihr Problem mit der institutionalisierten Religion, die auf Symbolik und Tradition komprimiert wird. Sie wollen die Wahrnehmung, dass Religion nur aus Beten und Ritualen bestünde, ändern:

“Wir glauben, dass es möglich ist, das Paradies auf der Erde zu erschaffen. Wir denken nicht darüber nach, auf welche Weise die Rituale durchgeführt werden müssen, sondern darüber, welcher Sinn diesen Ritualen innewohnt und was sie zu unserem Leben beitragen. Diesen Aspekt zu verstehen, ist wichtig. Wir haben ein Problem mit den extrem traditionellen und institu-

heblichen Druck auf den französischen Staat aus, die Situation in den „Griff“ zu bekommen und die Grenzen zu „sichern“. Neben der Schikane der Polizei und anderen Sicherheitspersonals hat es im letzten Jahr immer mehr Übergriffe von rechten Gruppierungen gegeben.

Auch ist die erst kürzlich wiedergewählte Bürgermeisterin Natacha Bouchart (von Sarkozys alter Partei, der UMP) maßgeblich dafür verantwortlich, den Sans-Papiers jegliche Grundlage des Überlebens abzusprechen. Sie ermutigt Bürger_innen über Facebook und durch andere mediale Kanäle zusammen gegen „illegale Migration“ zu kämpfen und droht Bürger_innen mit „Konsequenzen“, wenn sie Sans-Papiers unterstützen, beziehungsweise sich Aktionen anschließen, die die Situation der Sans-Papiers thematisiert, so beispielsweise das Verbot eines Musikfestivals in Solidarität mit den Sans-Papiers im Herbst 2013. Im Oktober desselben Jahres rief sie auf ihrer Facebook- Seite auf wachsam zu sein. Bürger_innen sollen auf sich auf die Lauer legen und mögliche Squats, sowie andere Auffälligkeiten auf einer dafür speziell eingerichten Emailadresse melden, sodass möglichst schnell eingegriffen werden kann und besetzte Häuser wieder geräumt werden können. Zwei Tage danach gründete sich die Gruppe Sauvons Calais (Retten wir Calais), mit dem Ziel, Calais vor Migrant_innen „zu schützen und zu befreien“ (mehr Infos unter: www.sauvonscalais.wix.com). Philippe Mignonet und Emmanuel Agius, beide Stellvertreter von Natacha Bouchart, hießen Sauvon Calais am 7. November Willkommen und riefen dazu auf die Organisation zu unterstützen, auch wenn Vorstand und Mitglieder ihr rassistisches Weltbild immer wieder zur Schau stellten. Seitdem kommt es immer häufiger zu Übergriffen und Anschlägen auf besetze Häuser. Zudem versucht Sauvons Calais, Bürger_innen der Stadt durch Informationsabende und rechte Propaganda für sich zu gewinnen.

Seit der Schließung des Auffanglagers „Sangatte“ sind in Calais kleinere, regionale Organisationen aktiv, die Kleiderspenden oder Essensausgaben organisieren (S.A.L.A.M, Sécour Catholique, sowie Calais Ouverture et Humanité). Auch sind überregionale Organisationen ansässig, wie Médecins du Monde und France Terre d`Asile. Diese NGOs geben sich als bürgerliche, unpolitische Organisationen aus, um ihre humanitäre Arbeit ausführen zu können und Sanktionen von Seiten des Staates aus dem Weg gehen zu können. So gibt es nur Wenige, die Druck auf den Staat zu Gunsten der Sans-Papiers ausüben. Diese Lücke versucht Calais Migrant Solidarity (CMS) zu füllen. CMS ist eine lose organisierte Gruppe von Menschen aus unterschiedlichen Ländern, die sich mit den Sans-Papiers solidarisieren und sich gemeinsam für Ihre Rechte einsetzen. (CMS- Aktivist_innen sind sowohl Menschen mit als auch ohne Papieren.) CMS dokumentiert die systematische Repression und versucht kontinuierlich die Situation zu thematisieren, um die Öffentlichkeit auf die Situation aufmerksam zu machen. Auch informiert CMS Sans-Papiers über ihre Rechte, so dass sie unterstützt werden, ihre Rechte einzufordern.

Besetzungen

Eine weitere, wichtige Aktionsform von CMS ist das Besetzen von Häusern und Fabrikgebäuden. Der Mangel an Räumen aller Art - Wohnräumen, kollektiven Orten, in denen der gemeinsame Kampf gegen die Grenzen organisierte werden kann, Küchen, Werkstätte, Rückzugszugsorte, soziale Zentren - ist wohl eins der gravierendsten und offensichtlichsten Merkmale der dortigen Situation. Territoriale Grenzen können leider nicht sofort zerstört werden; sie können aber unterlaufen und umgangen werden. Für den Kampf gegen Grenzen oder das Umgehen dieser, braucht es Kraft und die Möglichkeit sich zu organisieren. Die besetzten Häuser bieten Räume, wo Menschen sich gemeinsam organisieren und solidarisieren können, wo ein Austausch zwischen Sans-Papiers und Menschen aus der lokalen Bevölkerung ermöglicht wird um xenophobe Grundstimmungen abbauen zu können; sie bieten ein Dach, einen etwas geschützteren Ort, eine Ecke um sich zurück zu ziehen. Aus diesen Gründen werden Häuser immer wieder besetzt. Aus den gleichen Gründen, (von reiner Schikane, Rassismus und Hass ganz zu schweigen) werden diese Räume immer wieder angegriffen und geräumt von der Polizei sowie auch von lokalen Faschisten.

Calais ist eine an Bevölkerung abnehmende Stadt und der Leerstand ist groß: um die 4000 Gebäuden, oder ungefähr 9% der Häuser stehen leer. Die ersten Besetzungen waren meist stille Besetzungen von Sans-Papiers. Diese wurden teilweise über längere Zeiträume von unterschiedlichen Gruppen genutzt und weitergegeben. Oder geräumt - und wenn nicht zerstört, dann wieder besetzt. Einige von diesen Squats waren Unterschlupf für hunderte Menschen. Wie beispielsweise das Afrikahouse, das Beerhouse und das Syriahouse, welche im Sommer letzten Jahres geräumt und danach zugemauert wurden.

Im französischen Recht gibt es ein Gesetz, welches die Möglichkeit biete, besetzte Häuser zumindest für eine Zeit zu „legalisieren“. Da heißt, diese Häuser können zumindest für eine gewisse Zeit nicht geräumt werden. Kann mensch beweisen, dass das Haus schon länger als 48 Stunden besetzt ist, darf es, nach dem Geist des Gesetzes – theoretisch - nicht geräumt werden. Der Fall muss zunächst vor Gericht gebracht werden und das Urteil entscheidet dann über den weiteren Verlauf. Auch wenn das Urteil selten zu Gunsten der Besetzer_innen ausfällt, dauert es meist einige Monate bis es überhaupt zu einer Verhandlung kommt. In diesem Zeitraum sind Bewohner_innen, theoretisch, vor Räumungen sicher. Dieses Gesetz wurde in Calais lange nicht eingehalten, doch gelang es Aktivist_innen 2013 zum ersten Mal, Häuser zu besetzen und einen vorläufig sicheren Status von der Justiz bestätigt zu bekommen. Aus vielen Versuchen, wovon etliche jedoch an illegalen Räumungen scheiterten, blieben zwei Häuser erhalten: „Rue Caillette“ im Februar 2013 und „Victor Hugo“ im März. Leider wurde das Haus in der Rue de Cailette später im selben Jahr wieder geräumt, nach einer Auseinandersetzung, bei der ein Mensch tödlich verletzt wurde. Das andere Haus, „Victor Hugo“ ist jedoch bis heute immer noch bewohnt. Hier leben und organisieren sich Frauen und Kinder, obwohl das Gericht entschieden hat, dass das Gebäude geräumt werden kann.

Das Weiterbestehen von Victor Hugo, hat den Druck auf die dortige Politik erhöht. Die Forderung nach Wohnraum für jede_n wurde lauter und die Diskussion über Leerstand und Obdachlosigkeit breiter. Und so befinden sich nun plötzlich der Subpräfekt von Nord Pas de Calais in Verhandlungen mit den Bewohner_innen, lokalen NGOs und CMS, um zusammen eine Lösung zu finden. Der Druck wurde mit einer Aktion, die schon im Januar diesen Jahres begann, von CMS weiter erhöht. Konkret wurde ein Haus besetzt und trotz fester Beweise fünf Tage später ohne Rechtsgrundlage geräumt. Das Beweismaterial ist reichlich und der Wille, Rechte einzufordern groß. So kam es zu einer Klage gegen die Polizei. Vor Gericht gab es wenig Einwände. Die Entscheidung wurde am 17.4. gefällt, und zwar gegen die Besetzer_innen. Obwohl eine Begründung noch nicht vorliegt, ist eins ziemlich klar: die Stadt hätte mehrere zehntausende Euro bezahlen müssen und im Rechtssystem von Calais wäscht eine Hand die andere. Welche Auswirkungen dieser Prozess haben wird, ist unklar. Werden die Gesetze geändert und verschärft? Doch kann mensch feststellen, dass der Prozess an sich schon ein Schritt weiter ist, als bisher.

Diese Aktion war nur ein Vorspiel für die Runde von Besetzungen die im Februar startete. Zunächst wurde ein Bauernhof in einer Vorstadt (Coulogne) besetzt und häuslich eingerichtet. Als dieser von regionalen Faschisten angegriffen und in Brand gesetzt wurde, wurde eine eine heftige Diskussion über das Recht aller auf Wohnen, ausgelöst. Dies brachte Nachbar_innen, Politiker_innen und Aktivist_innen zusammen. Während diese an einem runden Tisch über Wohnraum und die Rechte von Sans-Papiers diskutierten, informierten Aktivist_innen die Öffentlichkeit über die Besetzung vier weiterer Häuser. Eines der Häuser wurde trotz gesammelter Beweise geräumt, wiederbesetzt und dann wieder geräumt. Die anderen drei, einschließlich einer großen Fabrikhalle, blieben jedoch bestehen. Sie dienen nun als Wohnraum und soziale Zentren und werden von ca. 50- 100 Menschen als Wohn- und Gemeinschaftsräume genutzt. Außer Schlafplätzen gibt es Küchen, eine Fahrradwerkstatt und eine Bibliothek, die auch für Sprachaustausch, Workshops und Unterricht verfügbar ist. Teilweise haben sich sogar Menschen aus der lokalen Bevölkerung solidarisiert; sie helfen die Häuser zu renovieren, spenden Werkzeuge und bringen gelegentlich warme Mahlzeit vorbei. Am 18.4., weniger als zwei Monaten nach der Besetzung (bedeutend schneller als in solchen Fällen üblich ist), kam nun die gerichtliche Entscheidung, räumen zu lassen. Die Räumungen könnten schon Mitte Mai durchgesetzt werden.

Fazit

Die Fortschritte, sind weder eindeutig noch beständig. Wie schon aus dieser Zusammenfassung herauszulesen ist, wird jeder Schritt von Seiten der Aktivist_innen mit Gegenschlägen vonseiten des Staates (polizeilich, juristisch und politisch), sowie extremer Rechten erwidert. Weder das Maß der Repression, die diese Aktionen nach sich ziehen werden, noch ihre Auswirkung auf Machtdynamiken in der Stadt sind genau vorauszusehen. Calais, als Schachbrett. Jeder Schritt bekommt eine Bedeutung von denen, die darauf folgen.

Der Verlust des besetzten Bauernhofs ist beispielhaft für diese Verwicklung. Eine Besetzung in einer faschistisch geprägten Nachbarschaft war eine Herausforderung. Die lokalen rechtsextremen Gruppen aus der Region sind trotz weitgehender Akzeptanz, eher schlecht organisiert. Doch fanden dich die Bewohner_innen des Bauernhofs nach wenigen Tagen mit einer Menschenmenge zwischen 80 und 100 Menschen konfrontiert, die aus faschistischen Militanten, verängstigten oder neugierigen Nachbarn, Bikers und Kindern bestand. Antifaschistische Unterstützung zu organisieren gestaltete sich schwierig, während die Faschistischen ihr Basis direkt aus der Gegend mobilisieren konnten. Was mit Drohungen und Demonstrationen anfing, weitete sich schnell zu Steinewerfen (bis es praktisch kein Dach mehr gab) und Molotows. Bevor das Haus in Brand gesetzt wurde, mussten sich die ganzen Bewohnern zurückweichen. Es sah wie eine klare und potenziell gefährliche Niederlage aus. Nichtsdestoweniger erfolgten darauf nur das sehr öffentliche Scheitern der Gruppe, Sauvons Calais, die die Demonstrationen organisiert hatte. Eine wirksame Mediencampagne, ließ die selbsternannten Retter der Stadt als die Faschisten erscheinen, die sie sind. Es gelang ihnen nicht, aus ihrem Erfolg Nutzen zu ziehen und bald waren die heiß ersehnten Antifaschisten da, um eine Demonstration zu veranstalten (wo extreme Rechten keine Präsenz zeigen konnten) und die große Besetzer-Aktion zu unterstützen. Eine Demonstration in Solidarität mit Kevin Rêche, Workführer von Sauvons Calais, am 13.4., organisiert mit Unterstützung von der Parti de la France und Alexandre Gabriac (Gründer der aufgelösten Jeunesses Nationalistes), konnte auf der anderen Seite nicht stattfinden.

Die Bedeutung der letzten Monate in Calais bleibt noch alles andere als klar. Auf der einen Seite waren die Aktionen eine starke Antwort auf den Versuch der Bürgermeisterin mit Hilfe der extremen Rechten, Besetzungen in Calais zu verhindern. Dazu hat jeder Tag, an dem die Häuser Unterkunft bieten und jedes Projekt, das damit und darin stattfindet, seinen eigenen Wert. Aber was die Folgen davon werden ist ungewiss. Werden sie trotz Hindernisse bestehen bleiben können und wird das Recht auf Wohnraum damit realisiert? Oder werden sie eine so krasse Reaktion beim Staat auslösen, die das offene, „legale“ Besetzen von Häusern beinahe unmöglich macht? Selbst mit den kommenden Räumungen wird diese Frage nicht beantwortet. Nur die Schwankungen des Kampfes zwischen Menschen aus aller Welt und der Macht des Grenzenregimes, der weit über diese Entscheidung hinausläuft, werden dies bestimmen. Inzwischen ruft CMS für weitere Unterstützung, Aktionen und Solidarität auf und so geht der Kampf weiter. Auch wenn Natacha Bouchart eine stärkere Sicherheitsflotte für Calais angefordert hat und die Kräfte, die die Grenze verteidigen sich stärker militarisieren, sind in den letzten Monaten mehr und mehr Menschen nach Calais gekommen, um den Widerstand zu stärken und Veränderungsbewegungen kreativ anzustoßen. Sie können die Blumen des Widerstandes mit ihren Stiefeln zertrampeln, aber den Frühling werden sie nie aufhalten können.

Der April-Rückblick des Libertären Podcasts

Der monatliche Rückblick des Anrchistischen Radios Berlin auf die ernsten und skurrilen Themen des Vormonats

Voraussichtlich in der aktuellen Ausgabe:

- Bosnien: Aufstand revisited
- Satire zum Osterhasen-Skandal
- Weitere Satiren zur aktuellen Politik
- Wo herrscht Anarchie
- Linktipp

Den April-Podcast im Stream und als Download gibt's auf *aradio.blogsport.de*.

5 Jahre Kriegsdienstverweigerung in Ägypten

Connection e.V. zu Besuch bei No to Compulsory Military Service Movement

★ *Von: Connection e.V*

Zum fünfjährigen Bestehen der ägyptischen Kriegsdienstverweigerungsgruppe No to Compulsory Military Service Movement (Bewegung Nein zum Kriegsdienstzwang) überbrachte Rudi Friedrich für Connection e.V. vergangene Woche die Glückwünsche in Kairo. „Angesichts der Machtübernahme des Militärs ist es ein mutiger Schritt, sich mit der Kriegsdienstverweigerung gegen einen weit verbreiteten Konsens in Ägypten zu stellen, der das Militär als Garant stabiler Verhältnisse und Ordnungsmacht sieht. Wie wir in der Vergangenheit sehen mussten, droht das Militär nicht nur Kritikern mit schärfsten Repressionen. Die Aktiven der ägyptischen Kriegsdienstverweigerungsgruppe halten die Vision einer demokratischen Gesellschaft ohne Militär aufrecht und stehen seit nunmehr fünf Jahren dafür ein.“

Gründung der Gruppe durch Maikel Sanad

Am 9. April 2009 hatte der Kriegsdienstverweigerer und Militärkritiker Maikel Sanad die Gruppe ins Leben gerufen. Im Oktober 2010 erklärte er nach seiner Einberufung als erster in Ägypten öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung. Er wurde zwar nach einer kurzzeitigen Festnahme durch den militärischen Geheimdienst ausgemustert, am 10. April 2011 jedoch wegen eines Artikels zu drei Jahren Haft verurteilt. Mit dem Artikel hatte Maikel Sanad detailliert Verhaftungen und Folter durch das Militär während und nach der sogenannten Revolution dokumentiert (...mehr: http://wri-irg.org/node/12815). Nach monatelangem Hungerstreik und einer internationalen Kampagne zu seiner Freilassung wurde er im Januar 2012 aufgrund einer Amnestie aus der Haft entlassen.

Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt

Ägypten erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an. Nach der Einberufung zum Militär droht Verweigerern die Rekrutierung sowie mehrfache Bestrafung wegen Befehlsverweigerung und Desertation. Auch wenn das Militär derzeit Verweigerer nicht aktiv sucht, so unterliegen sie doch dem „Zivilen Tod“. „Wir sind faktisch Menschen zweiter Klasse“, so beschreiben die Kriegsdienstverweigerer Emad el Dafrawi und Mohamed Fathy ihre Situation. „Wir können keine Arbeit aufnehmen, nicht studieren und keinen Pass erhalten.“

Internationale Unterstützung erforderlich

Bei seinem Besuch in Kairo erlebte Rudi Friedrich selbst, wie schwierig die Situation der Gruppe ist. „Wir trafen uns immer wieder an unterschiedlichen Orten,“ so schilderte er, „da die Gruppe nicht offiziell zugelassen ist. Einige Menschenrechtsorganisationen weigerten sich gar, auch nur über das Thema Kriegsdienstverweigerung zu sprechen, da dies derzeit ein zu heißes Eisen sei. Jede öffentliche Aktivität der Gruppe kann zu Verhaftungen führen. Dennoch erlebte ich eine lebendige Gruppe, die in einer sehr prekären Lage in bewunderungswürdiger Art und Weise für ihre Sache eintritt.“ Insbesondere will No to Compulsory Military Service Movement (www.nomilservice.com) in Zukunft verstärkt Schüler*innen und Student*innen über die Kriegsdienstverweigerung und die eigene Arbeit informieren.

Zudem haben weitere Aktive ihre öffentliche Verweigerung angekündigt: „Wir werden nicht zum Militär gehen“, betonten sie einige Wochen vor ihrer Musterung. „Wir fordern die Abschaffung der Wehrpflicht und die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung. Es ist ein Menschenrecht, das uns zusteht. Aber um dies durchzusetzen, brauchen wir internationale Unterstützung.“

Connection e.V.: Pressemitteilung vom 14. April 2014